

Das österreichische Gemeinderecht

herausgegeben von

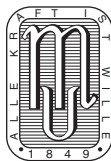
Dr. Katharina Pabel

Univ.-Prof. an der Wirtschaftsuniversität Wien

Titlei

Juli 2023

(7. Ausgabe)



Wien 2008

MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung

Zitiervorschlag: *AutorIn*, [Teil], [Schlagwort] [Rz], in *Pabel* (Hrsg), Gemeinderecht (Stand . . .)

Trauner, 7. Teil, Die Direktwahl des Bürgermeisters Rz 104, in *Pabel* (Hrsg), Gemeinderecht (Stand April 2021)

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Sämtliche Angaben in diesem Werk erfolgen trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr; eine Haftung der Herausgeberin, der Autorinnen und Autoren sowie des Verlages ist ausgeschlossen.

ISBN 978-3-214-25233-5 (Titelei)

© 2023 MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung GmbH, Wien

Telefon: (01) 531 61-0

E-Mail: verlag@manz.at

www.manz.at

Datenkonvertierung und Satzherstellung: Ferdinand Berger & Söhne GmbH, 3580 Horn

Druck: Prime Rate Kft., Budapest

Vorwort der Herausgeberin

Im Jahr 2022 haben Dr. *Julia Dorner* und Hon. Prof. Dr. *Wolfgang Steiner* die Aktualisierung des 9. Teils über die Gemeindeorgane besorgt und damit ein zentrales Kapitel des Gemeinderechts auf den aktuellen Stand gebracht. Außerdem wurde das Stichwortverzeichnis grundlegend überarbeitet und soll den Nutzerinnen und Nutzern des Handbuchs „Das österreichische Gemeinderecht“ der leichteren Orientierung dienen.

Mit der Ergänzungslieferung von September 2022 und der vorliegenden Ergänzungslieferung wird das Handbuch um drei Kapitel ergänzt. Sie befassen sich mit zentralen Zuständigkeitsbereichen der Gemeinden und ergänzen auf diese Weise die Darstellung des österreichischen Gemeinderechts um wichtige Themen. Für die Bearbeitung der neuen Teile konnten Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen der jüngeren Generation gewonnen werden: Univ.-Ass. Dr. *Maximilian Hofmann* (Universität Linz) hat den 19. Teil zur Örtlichen Raumplanung vorgelegt. Univ.-Ass. Dr. *Martina Almhofer* (WU Wien) besorgte den 20. Teil zum Baurecht. Univ.-Ass. Dr. *Laura Pavlidis* und Univ.-Ass. *Florian Schlintl* (beide WU Wien) zeichnen für den 21. Teil zur Örtliche Sicherheitspolizei, Sittlichkeitspolizei und Veranstaltungspolizei verantwortlich. Univ.-Prof. Dr. *Arno Kahl* hat zudem den 18. Teil „Gemeinden in der EU“ aktualisiert. Ihnen allen sei ebenso wie den langjährigen Autorinnen und Autoren für die Mitarbeit an dem Handbuch herzlich gedankt.

Mit den wesentlichen Ergänzungen, die das Handbuch „Das österreichische Gemeinderecht“ erfahren hat, und mit den regelmäßigen Aktualisierungen bleibt zu hoffen, dass das Werk in der Praxis der Gemeinden und bei allen, die sich mit dem Gemeinderecht beschäftigen, freundliche Aufnahme finden.

Wien, im Juni 2023

Katharina Pabel

Vorwort der Herausgeber zur ersten Ausgabe

Der Staatsaufbau Österreichs beruht ganz entscheidend auf der Existenz und dem Funktionieren der gerne als „unterste Verwaltungseinheiten“ bezeichneten und beschriebenen Gemeinden. Diese Bezeichnung provoziert die kurzschlüssige Vorstellung, die Gemeinden seien unter den Gebietskörperschaften, also im Vergleich mit Bund und Ländern die niederrangigsten und am wenigsten bedeutsamen Verwaltungsträger. Diese Sichtweise ist grundsätzlich fehlerhaft und falsch.

Staatsrechtlich handelt es sich bei den Gemeinden um eine dritte, auf dem Gedanken der Gebietshoheit gründende Verwaltungsebene, die zwar im Interesse der Koordination mit den anderen Verwaltungsebenen der Staatsaufsicht unterliegt, gleichwohl kraft ihrer Unabhängigkeit in ihrer Organisation und ihrem Aufgabenbereich einen im Prinzip den beiden anderen Verwaltungsebenen gleichrangigen Charakter besitzt. Die für die heutige Rechtsgestalt der Gemeinde maßgebliche und grundlegende Gemeindeverfassungsnovelle des Jahres 1962 begründete eine besondere Garantie gemeindlichen Eigenlebens – eine Garantie, wie sie vergleichsweise weder die Bundes- noch die Landesverwaltung ihr Eigen nennt. Auch wenn hier – im Gegensatz zu manchem Autor – nicht so weit gegangen wird, der Gemeindeselbstverwaltung die Weihe des nur mittels Volksabstimmung abdingbaren Baugesetzes im Sinne des Art 44 Abs 3 B-VG für sich oder im Zusammenhang mit dem demokratischen Prinzip des Art 1 B-VG zuzumessen: Die Erläuterungen zur genannten Gemeindeverfassungsnovelle 1962 lassen erkennen, dass der Verfassungsgesetzgeber damit ein Verwaltungsmodell verwirklichen wollte, das dem Gedanken der Subsidiarität verhaftet ist und insoweit geradezu den Vorrang der kleineren vor der größeren Verwaltungseinheit zu verwirklichen sucht.

Mag auch die praktische Anwendung dieser, für die Gemeinden maßgeblichen Subsidiaritätsvorstellung umstritten sein, so bekräftigt sie dennoch bereits die für den Staatsaufbau fundamentale Bedeutung der Gemeinden: Diese erwächst nicht zuletzt aus der den Gemeinden gesicherten Selbstverwaltung; durch sie ist sie für den Bürger nicht die „dritte“, sondern gleichsam die „erste“ Verwaltungsebene.

Für den Bürger, den Kunden oder Klienten der Verwaltung, ist die Gemeinde die erste Ansprechadresse, wenn er Verwaltungsdienstleistungen in Anspruch nehmen will oder muss. Die besondere Organisation der Gemeindeverwaltung als Selbstverwaltung stellt die Partizipation des Bürgers an der Verwaltung in einer Weise sicher, dass sie als Verwaltung durch die Verwalteten selbst eine besondere Form der Volksherrschaft, also der Demokratie, bewirkt.

Alle diese Grundgedanken finden ihren Niederschlag in der besonderen staatsrechtlichen Position der Gemeinden: Ihnen ist ausdrücklich in Art 116 Abs 1 B-VG das verfassungsgesetzlich gewährleistete Recht auf Selbstverwaltung eingeräumt. Der Verfassungsgerichtshof ist gem Art 119a Abs 9 B-VG zur Verteidigung dieses Grundrechts gegenüber den staatlichen Aufsichtsbehörden berufen. Zugunsten der Gemeinden wurde also eine Grundrechtsposition geschaffen, die in unvergleichlicher Weise die von der Gemeinde im

eigenen Wirkungsbereich in Selbstverwaltung wahrzunehmende Aufgabenfülle mit dem besonderen verfassungsgerichtlichen Schutz einer potenziellen Verfassungsbeschwerde verbindet.

Diese staatsrechtliche Rolle der Gemeinde als Verwaltungs- und gleichzeitig Grundrechtsträger prädestiniert sie, ihre von der verfassungsrechtlichen Gestalt der „örtlichen Gemeinschaft“ (vgl Art 118 Abs 2 B-VG) geprägten Verwaltungsaufgaben und -leistungen mit besonderer innovatorischer Kraft, unter Berücksichtigung möglichst aktueller Einsichten, zukunftsorientierter Verwaltungsmethoden sowie auf dem jeweils letzten Stand der modernen Informations- und Kommunikationstechnologie zu erbringen. Ein bekanntes Wort missbrauchend ist die Gemeinde eine kleine Welt, in der die große ihre Probe hält. In der Gemeinde finden Strukturreformen zugunsten flacher, bürgernaher Organisationsmuster statt, hier setzt der praxisnahe Einsatz betriebswirtschaftlicher Steuerungsinstrumente ein, wie sie insbesondere mit dem Wort von der „New Public Administration“ beschrieben werden. Das bedeutet, dass im Sinne einer „wirkungsorientierten Verwaltungsführung“ definierte Verwaltungsergebnisse oder -ziele („Outputs“) angestrebt werden, dass dabei, wenn möglich, Marktmechanismen genutzt werden und die Leistungserbringung strikt kostenorientiert verläuft. In vielen Gemeinden wird die Einführung von Qualitätsmanagement erprobt usw. Mehr als jede andere Verwaltungsebene lädt die Gemeindegeldverwaltung zur Einbeziehung „betroffener“ Bürger in die kommunalen Entscheidungsprozesse ein (etwa durch Bürgerversammlungen oder Bürgerbefragungen). Die Gemeindeverwaltung praktiziert andererseits die Auslagerung ihrer relativ selbständig wirtschaftenden Einheiten vor allem im Bereich Infrastruktur, aber auch in der Daseinsvorsorge.

Dieser kontinuierliche Erneuerungs- und Modernisierungsprozess, dem die Gemeindeverwaltung unter Bewahrung ihrer aus dem 19. Jahrhundert stammenden liberal-demokratischen Wurzel verhaftet ist, bedarf zu seiner Bewältigung entsprechender Rechtsgrundlagen. Jene Rechtsgrundlagen in einer Form darzustellen, die das Alte mit dem Neuen, Zukunftsweisenden verbindet, war die Absicht bei der Herausgabe des vorliegenden Handbuchs. Es vereint bewusst und gezielt Autoren aus der Wissenschaft mit kommunalen Praktikern, die ihre Beiträge nach der Absicht der Herausgeber nicht einfach nebeneinander, sondern stets aufeinander bezogen und vereinzelt auch – hoffentlich produktive – Widersprüche nicht meidend verfassten.

Die Herausgeber haben primär den Autoren zu danken, die sich dem manchmal nicht ganz einfachen, vorgegebenen Rahmen einfügten. Dieser Rahmen bestand in der Absicht, ein Erläuterungswerk zu den einzelnen Bestimmungen des Gemeinderechts zu verfassen, ein Rechtsgebiet, das neun Gemeinderechtsordnungen und zusätzlich die Stadtrechte der Statutarstädte in all ihrer Unterschiedlichkeit im Detail umfasst, mögen die Regelungen auch zur gleichen Thematik und nach einem jeweils ähnlichen Regelungsgrundmuster getroffen worden sein. Darum ist an die Spitze der einzelnen Beiträge bzw am Beginn ihrer einzelnen Unterabschnitte auch jeweils ein Rechtsquellenverzeichnis gestellt, das über die nachfolgend im Text kommentierten Bestimmungen Aufschluss gibt und das bei konkreten Rechtsproblemen das Auffinden und die unumgängliche Lektüre der Rechtstexte selbst erleichtern soll.

Zur Gestaltung des vorliegenden Buches: Es bildet ein Mittelding zwischen dem in der Handhabung vorzuziehenden festgebundenen Buchband und der die Aktualität des Wer-

kes begünstigenden Loseblatt-Ausgabe: Es erscheint abgeschlossen in zwanzig Heften, die im Sammelwerk lose zusammengefügt sind und von denen jedes Heft im Wesentlichen einen thematisch eine Einheit bildenden Beitrag enthält. Der Vorteil dieses Erscheinungsbildes liegt in der Möglichkeit einer relativ kostengünstigen partiellen Erneuerbarkeit des Werkes; so wird es beispielsweise möglich sein, sich im Falle eines neuen Finanzausgleichs mit einer Neubearbeitung des Heftes über die Gemeindefinanzen zu begnügen, ohne sogleich den zum Großteil wahrscheinlich bis dorthin unveränderten Teil des Werkes ebenfalls neu drucken und vor allem neuerlich (mit-)erwerben zu müssen. Darüber hinaus lässt das vorliegende Teilhefte-System auch die Möglichkeit offen, neue Beiträge, etwa zum materiellen Gemeindeverwaltungsrecht (zB Bau- und Raumplanungsrecht) in weiteren Heften darzustellen und das Gesamtwerk dadurch sinnvoll zu ergänzen.

Bleibt schließlich noch mannigfaltigen Dank zu sagen: Primär dem Erstherausgeber dafür, dass er die Funktion des Initiators einer völligen Neubearbeitung des Werkes wahrnahm; nicht minder aber ist der Stadt Linz für die wesentliche Finanzierung des Vorhabens zu danken sowie dem Manz-Verlag als einer für die österreichische Jurisprudenz tragenden Institution, die in wohlgelungener Arbeit das Know-how für die Herstellung des Buches zur Verfügung stellte und dessen verlagsmäßige Betreuung übernahm.

Nicht zuletzt danken die Herausgeber aber – stellvertretend für die vielen Menschen, die die Entstehung eines auch im wörtlichen Sinn gewichtigen Werkes wie dieses begleiteten und unterstützten – Frau Dr. *Johanna Fischerlehner*. Sie nahm nicht nur die Endredaktion sämtlicher Beiträge wahr, überprüfte die Querverweise und ergänzte sie, sondern zeichnet insbesondere auch für die Mühe des Stichwortverzeichnisses verantwortlich.

Linz, im Sommer 2007

*Friedrich Klug
Peter Oberndorfer
Erich Wolny*

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

- Dr. *Martina Almhofer*, Universitätsassistentin an der Wirtschaftsuniversität Wien
- Dr. *Bruno Binder*, em. Universitätsprofessor an der Universität Linz, em. Rechtsanwalt
- Dr. *Julia Eder*, Leiterin der Abteilung Präsidium in der Magistratsdirektion Linz
- DDr. *Stefan Leo Frank*, Generalsekretär im Verfassungsgerichtshof
- Dr. *Andreas Hauer*, Universitätsprofessor an der Universität Linz, stellvertretender Institutsvorstand des Instituts für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Leiter der Abteilung für Umweltverwaltungs- und Anlagenrecht; Mitglied des Verfassungsgerichtshofes
- Dr. *Johannes Hengstschläger*, em. Universitätsprofessor an der Universität Linz
- Dr. *Max Hofmann*, Universitätsassistent an der Universität Linz
- Dr. *Arno Kahl*, Universitätsprofessor an der Universität Innsbruck, Leiter des Instituts für Öffentliches Recht, Staats- und Verwaltungslehre
- Dr. *Anna Kemptner*, vormals Abteilung Verfassungsdienst des Amtes der Kärntner Landesregierung
- Dr. *Hanno Liebmann*, Rechtsanwalt in Wien
- Dr. *Matthäus Metzler*, LL.M., Rechtsanwalt in Linz, Universitätslektor an der Universität Linz
- Dr. *Hans Neuhofer*, Hofrat, Universitätsprofessor, Direktor des Oberösterreichischen Gemeindebundes i. R.
- Dr. *Katharina Pabel*, Universitätsprofessorin an der Wirtschaftsuniversität Wien, stellvertretende Institutsvorständin des Instituts für Europarecht und Internationales Recht
- Dr. *Laura Pavlidis*, Universitätsassistentin an der Wirtschaftsuniversität Wien
- Florian Schlintl*, LL.M., Universitätsassistent an der Wirtschaftsuniversität Wien
- Dr. *Wolfgang Steiner*, Landtagsdirektor und Leiter des Verfassungsdienstes des Landes Oberösterreich, Honorarprofessor an der Universität Linz
- Dr. *Franz Sturm*, Abteilungsleiter der Abteilung 3 (Gemeinden, Raumordnung und Katastrophenschutz) beim Amt der Kärntner Landesregierung
- Dr. *Gudrun Trauner*, a. Universitätsprofessorin an der Universität Linz, Abteilung für Verwaltungslehre und Verwaltungsmanagement des Instituts für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
- Dr. *Johanna Weilguni* (geb. *Fischerlehner*), Juristin im Verfassungsdienst des Landes Oberösterreich
- Dr. *Helmut Widder*, Universitätsprofessor i. R. an der Universität Linz

Gesamtübersicht

Vorwort der Herausgeberin

Vorwort der Herausgeber zur ersten Ausgabe

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis

Stichwortverzeichnis

1. Teil: Allgemeine Bestimmungen des Gemeinderechts (*Pabel*)
2. Teil: Gemeindegebiet und Gemeindebewohner (*Neuhofer*)
3. Teil: Interkommunale Zusammenarbeit durch Gemeindeverbände, Verwaltungsgemeinschaften und Vereinbarungen nach Art 116 b B-VG (*Kemptoner/Sturm*)
4. Teil: Wahlen zum Gemeinderat (*Trauner*)
5. Teil: Geschäftsordnung des Gemeinderates und Rechtsstellung seiner Mitglieder (*Widder*)
6. Teil: Wahl und Abberufung der Mitglieder des Gemeindevorstands und der Gemeinde(rats)-ausschüsse (*Weilguni*)
7. Teil: Die Direktwahl des Bürgermeisters (*Trauner*)
8. Teil: Einrichtungen der direkten Demokratie in den Gemeinden (*Pabel*)
9. Teil: Rechtsstellung und Aufgaben der Gemeindeorgane (*Steiner*)
10. Teil: Struktur und Aufgaben des Gemeindeamtes (Magistrates) (*Eder/Metzler*)
11. Teil: Gemeindefinanzen (*Frank*)
12. Teil: Gemeindehaushaltsrecht (*Hengstschläger*)
13. Teil: Gemeindliches Haushalts- und Rechnungswesen (*Frank*)
14. Teil: Wirtschaftsunternehmungen der Gemeinde (*Binder*)
15. Teil: Vergaberecht in der Gemeinde (*Liebmann*)
16. Teil: Gebarungskontrolle (*Hengstschläger*)
17. Teil: Gemeindeaufsicht (*Hauer/Hofmann*)
18. Teil: Österreichische Gemeinden in der EU (inklusive Beihilfenrecht) (*Kahl*)
19. Teil: Örtliche Raumplanung (*Hofmann*)
20. Teil: Baurecht (*Almhofer*)
21. Teil: Örtliche Sicherheits-, Sittlichkeits- und Veranstaltungspolizei (*Pavlidis/Schlintl*)

Gemeinderecht, Titelei (7. Ausgabe)

XI

Inhaltsverzeichnis

1. Teil

Allgemeine Bestimmungen des Gemeinderechts

Katharina Pabel

auf Grundlage des vordem von Peter Oberndorfer verfassten Beitrags

	Rz
I. Die Gemeinde als Gebietskörperschaft	1
A. Begriff der Gebietskörperschaft	1
B. Die Begriffsmerkmale der Gebietskörperschaft „Gemeinde“ im Einzelnen	7
1. Gemeindegebiet	7
2. Gebietshoheit der Gemeinde	9
3. Sachliche Allzuständigkeit	13
4. Gemeindebevölkerung	17
C. Gebietshoheit und Hoheitsverwaltung	21
D. Gebietshoheit und Privatwirtschaftsverwaltung	27
II. Die Gemeinde als Selbstverwaltungskörper	29
A. Allgemeines	29
B. Das Wesen gemeindlicher Selbstverwaltung	35
1. Unabhängigkeit	35
2. Eigenverantwortlichkeit	38
3. Demokratie	41
4. Bezeichnung der Selbstverwaltungsaufgaben und finanzielle Dotierung	44
5. Schutz der Selbstverwaltung	48
C. Der Inhalt gemeindlicher Selbstverwaltung	58
1. Allgemeines	58
2. Der eigene Wirkungsbereich aufgrund der Generalklausel des Art 118 Abs 2 B-VG und der Beispielsaufzählung des Art 118 Abs 3 B-VG	61
a) Das Verhältnis von Generalklausel (Art 118 Abs 2 B-VG) und beispielhafter Aufzählung (Art 118 Abs 3 B-VG)	74
b) Die „Generalklausel“ des Art 118 Abs 2 B-VG	78
c) Art 118 Abs 3 B-VG	97
d) Funktionelle Selbstverwaltungsbefugnisse	114
III. Die Gemeinde als Verwaltungssprengel	115
A. Prinzipien und Definition des übertragenen Wirkungsbereiches	115
B. Finanzverfassungsrechtliche Konsequenzen einer Aufgabenübertragung an Gemeinden	125
C. Sonderproblem: Weisung im eigenen Wirkungsbereich?	139
D. Rechtsmittelzug im übertragenen Wirkungsbereich	149
IV. Gemeindeeigentum	150
A. Begriff	150
B. Öffentliches Gut (Gemeindegut im weiteren Sinn)	156

C. Gemeindegut (im engeren Sinn)	161
D. Gemeindevermögen	163
E. Verfügungen über das Gemeindeeigentum	164
V. Die Gemeinde als Träger von Grundrechten	168
VI. Die Interessenvertretungen der Gemeinden	175

2. Teil

Gemeindegebiet und Gemeindebewohner

Hans Neuhofer

	Rz
I. Allgemeines	1
A. Einrichtung der Gemeinden	1
B. Rechtliche Bedeutung des Gemeindegebietes	2
C. Bundesverfassungsgesetzliche Grundlagen – Unionsrecht	8
D. Landesverfassungsgesetzliche Grundsätze für Gemeindegebiets- änderungen	16
1. Burgenland	16
2. Kärnten	17
3. Niederösterreich	18
4. Oberösterreich	19
5. Salzburg	20
6. Steiermark	21
7. Tirol	22
8. Vorarlberg	23
9. Wien	24
II. Anzahl und Struktur der Gemeinden	26
A. Veränderung der Kommunalstruktur von 1960 bis 2020	26
B. Gliederung des Landes in Gemeinden	32
III. Bestandsgarantie – Gemeindegebietsreform	33
A. Gemeindestruktur ist Landessache	33
B. Gemeindestrukturverbesserung	35
1. Grundgedanken zur Verbesserung der Gemeindestruktur ...	35
2. Grundsätze der Gemeindestrukturverbesserungsgesetze im Bur- genland, in Kärnten, Niederösterreich und in der Steiermark ...	40
3. Gemeindestrukturverbesserung im Burgenland	46
4. Gemeindestrukturverbesserung in Kärnten	47
5. Gemeindestrukturverbesserung in Niederösterreich	48
6. Gemeindestrukturereform in der Steiermark	49
C. Bestandsgarantie der einzelnen Gemeinde	50
D. Rechtsschutz der Gemeinde und Gemeindemandatare gegen die Auflösung oder Vereinigung von Gemeinden	60
1. Allgemeines	60
2. Antragsberechtigung der aufgelösten Gemeinde	61
3. Antragsberechtigung der Gemeindemandatare	65
IV. Gemeindegebietsänderung	70
A. Gliederung des Landesgebietes in Gemeinden	70
B. Zulässigkeit und Voraussetzungen für Gemeindegebietsände- rungen	71
C. Gemeindegebietsänderungen durch Änderung des Landesgebietes	75
D. Änderung des Stadtgebietes (Gemeindegebietes) der Statutarge- meinden	78

E. Bürgermitbestimmung und Anhörung der Gemeinden sowie der Interessenvertretungen der Gemeinden	80
F. Einvernehmliche oder zwangsweise Gemeindegebietsänderungen	85
G. Verfahren und Kosten der Gemeindegebietsänderung	87
H. Formen der Gemeindegebietsänderung	93
1. Grenzänderung	94
2. Vereinigung von zwei oder mehreren Gemeinden	95
3. Trennung einer Gemeinde in mehrere Gemeinden	97
4. Aufteilung und Neubildung einer Gemeinde	99
5. Strittige Gemeindegrenzen	100
I. Rechtsschutz gegenüber Gemeindegebietsänderungen	104
1. Rechtsschutz der Gemeinde	104
2. Rechtsschutz der Gemeindemandatare	106
V. Vermögensrechtliche Auseinandersetzung und Rechtsnachfolge	109
A. Vermögensrechtliche Auseinandersetzung	109
B. Vermögensübergang – Haftung	116
C. Berichtigung öffentlicher Bücher	120
VI. Rechtsüberleitung bei Gemeindegebietsänderungen	121
A. Rechtsüberleitung von Gemeindeverordnungen	121
1. Grundsatzüberlegungen	121
2. Rechtsüberleitung von Gemeindeverordnungen durch den Landesgesetzgeber	125
3. Rechtsüberleitung bei der Vereinigung von Gemeinden	126
4. Rechtsüberleitung bei sonstigen Gemeindegebietsänderungen	127
B. Rechtsüberleitung von Gemeindebescheiden	128
C. Fortführung anhängiger Verwaltungsverfahren	129
VII. Auflösung des Gemeinderates, Neuwahlen, Fortführung der Verwaltung, Regierungskommissär	132
A. Auflösung des Gemeinderates, Neuwahlen	132
B. Fortführung der Verwaltung	135
C. Regierungskommissär	136
VIII. Gliederung des Gemeindegebietes in Ortschaften und Stadtbezirke ..	137
A. Zulässigkeit der Gliederung des Gemeindegebietes in Verwaltungssprengel	137
B. Ortschaften	141
C. Stadtbezirke	145
D. Gebietsumfang und Bezirke der Bundeshauptstadt Wien	146
IX. Gemeindemitglieder (Gemeindebewohner, Gemeindemitglieder, Gemeindebürger)	147

3. Teil

Interkommunale Zusammenarbeit durch Gemeindeverbände, Verwaltungsgemeinschaften und Vereinbarungen nach Art 116b B-VG

Anna Kemptner/Franz Sturm

	Rz
I. Organisationsformen interkommunaler Zusammenarbeit	1
II. Gemeindeverbände	5
A. Entwicklung	5
B. Bildung von Gemeindeverbänden	9
1. Bundesverfassungsrecht	9

2. Erforderliche gesetzliche Regelungen für die Bildung von Gemeindeverbänden	15
a) Gesetzliche Voraussetzungen für die Bildung von Gemeindeverbänden durch Vereinbarung	16
b) Zuständiger Gesetzgeber	18
c) Kategorien von Gesetzen zur Bildung von Gemeindeverbänden	22
3. Mitglieder von Gemeindeverbänden	23
4. Unmittelbare Bildung durch Gesetz	28
5. Bildung im Wege der Vollziehung	33
a) Voraussetzungen	33
b) Anhörung der Gemeinden	35
c) Bildung durch Verordnung	36
d) Bildung durch Bescheid?	37
6. Bildung durch Vereinbarung	38
7. Territorialer Wirkungsbereich von Gemeindeverbänden	48
8. Auflösung von Gemeindeverbänden, Beitritt und Austritt	51
a) Auflösung	51
b) Beitritt und Austritt	56
9. Zusammenschluss von Gemeindeverbänden	60 a
C. Organisationsrecht für Gemeindeverbände	61
1. Bundesverfassungsrecht	61
a) Zuständigkeit	61
b) Zum Umfang des Organisationsrechtes	64
c) Bildung von Verbandsorganen nach demokratischen Grundsätzen	66
2. Verbandsorgane	67
a) Verbandsversammlung	68
b) Verbandsobmann	75
c) Sonstige Organe	80
d) Geschäftsstelle	84
3. Haftung	85
4. Entscheidung über Streitigkeiten aus dem Verbandsverhältnis	90
5. Gemeindeverbandsbedienstete	93
6. Aufsicht	97
D. Aufgaben der Gemeindeverbände	98
1. Bundesverfassungsrecht	98
2. Bezeichnungspflicht	102
3. Angelegenheiten, zu deren Besorgung Gemeindeverbände gebildet wurden	103
E. Rechtliche Stellung von Gemeindeverbänden	104
1. Rechtsnatur von Gemeindeverbänden	104
2. Gemeindeverbände und verbandsangehörige Gemeinden	108
F. Finanzierung von Gemeindeverbänden	109
1. Finanzierung im Umlageweg	109
2. Abgabenhoeheit	112
III. Verwaltungsgemeinschaften	115
A. Begriff und Rechtsnatur der Verwaltungsgemeinschaft	115
B. Bildung von Verwaltungsgemeinschaften	117
1. Bundesverfassungsrecht	117
2. Gemeindeorganisationsgesetze	122
3. Privatrecht	127

C. Auflösung von Verwaltungsgemeinschaften, Beitritt und Austritt	128
1. Auflösung	128
2. Beitritt und Austritt	133
D. Organisationsrecht für Verwaltungsgemeinschaften	136
1. Rechtspersönlichkeit von Verwaltungsgemeinschaften	136
2. Vereinbarung	138
3. Aufsicht und Entscheidung von Meinungsverschiedenheiten	139
E. Aufgaben der Verwaltungsgemeinschaften	141
1. Möglichkeiten der Aufgabenstellung	141
2. Aufgaben, zu deren Besorgung Verwaltungsgemeinschaften gebildet wurden	142
IV. Vereinbarungen nach Art 116b B-VG	143
A. Entwicklung	143
B. Begriff der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung	145
1. Rechtsnatur	145
2. Vertragsparteien	147
3. Wirksamkeit gegenüber Dritten	148
4. Gesetzesvorbehalt	149
5. Eigener Wirkungsbereich	150
C. Gegenstände von öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen	151
D. Kundmachung von öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen	152
E. Entscheidung von Meinungsverschiedenheiten	154
F. Ländergrenzen übergreifende Vereinbarungen	156

4. Teil

Wahlen zum Gemeinderat

Gudrun Trauner

auf Grundlage des vordem gemeinsam mit Peter Oberndorfer verfassten Beitrags

	Rz
I. Der Gemeinderat in der Rechtsordnung	1
II. Der Gemeinderat als allgemeiner Vertretungskörper	6
III. Die Kompetenz zur Regelung und Vollziehung der Gemeinderatswahl	10
A. Gesetzgebung und Vollziehung	10
B. Eigener Wirkungsbereich der Gemeinde	12
1. Allgemeines	12
2. Der Vorbehalt der Zuständigkeit überörtlicher Wahlbehörden	14
a) Inhalt und Reichweite des Vorbehalts	14
b) Die „überörtliche Wahlbehörde“	16
3. Bezeichnungspflicht	17
IV. Bundesverfassungsrechtliche Wahlrechtsgrundsätze	22
A. Wahlrechtsgrundsätze und Wahlordnung	22
B. Die einzelnen Wahlrechtsgrundsätze	25
1. Allgemeines Wahlrecht	26
2. Gleiches Wahlrecht	27
3. Unmittelbares Wahlrecht	28
4. Persönliches Wahlrecht	29
5. Freies Wahlrecht	32
6. Geheimes Wahlrecht	36
7. Verhältniswahlrecht	44

V. Zusammensetzung und Funktionsperiode des Gemeinderats	54
A. Zusammensetzung	55
B. Funktionsperiode	62
VI. Das Wahlrecht	65
A. Aktives und passives Wahlrecht	65
B. Die „Bedingungen“ des Wahlrechts und der Wählbarkeit	69
C. Voraussetzungen des (aktiven) Wahlrechts	72
1. Staatsbürgerschaft – Unionsbürgerschaft	73
2. Wahlalter	79
3. Hauptwohnsitz	81
a) Begriff „Hauptwohnsitz“	83
b) „Wohnsitz“	86
c) „Ordentlicher Wohnsitz“	89
d) (Haupt-)Wohnsitz während Festnahme oder Anhaltung	90
e) Sesshaftigkeitsklausel	91
4. Wahlausschließungsgründe	92
5. Wahlpflicht	95
6. Eintragung im Wählerverzeichnis	97
a) Wählerevidenz	97
b) Wählerverzeichnis	103
aa) Anlegung	103
bb) Auflage zur Einsicht	108
cc) Berichtigungs- und Beschwerdeverfahren (bzw Einspruchs- und Berufungsverfahren)	110
dd) Abschluss des Wählerverzeichnisses	118
D. Voraussetzungen der Wählbarkeit	121
1. Wahlalter	122
2. Wahlausschließungsgründe	124
3. Unionsbürger	125
VII. Wahlbehörden	128
A. Aufgaben	128
B. Funktionsdauer	132
C. Zusammensetzung	133
1. Nichtrichterliche Beisitzer	140
2. Richterliche Beisitzer	145
3. Vertrauenspersonen	146
D. Willensbildung	147
1. Wahlleiter	148
2. Kollegium	154
E. Hierarchische Organisation	159
1. Örtliche und überörtliche Wahlbehörden	160
a) Sprengelwahlbehörde	161
b) Berichtigungs- bzw Einsprachskommission	162
c) Sonderwahlbehörde	163
d) Gemeinde-/Stadtwahlbehörde	164
e) Bezirkswahlbehörde	165
f) Landeswahlbehörde	166
2. Aufsichtsrecht	167
3. Weisungsfreiheit	168
VIII. Wahlverfahren	172
A. Verfahrensrecht	172

B. Wahlausschreibung	176
1. Wahlperiode	177
2. Wahltag	181
3. Rechtssatzform und Inhalt	182
4. Zuständigkeit	184
C. Territoriale Gliederung des Gemeindegebiets	190
1. Wahlkreise	191
2. Wahlsprenkel	194
D. Wahl(be)werbung	200
1. Die Wahlpartei	201
a) Entstehen und Enden der Wahlpartei	202
b) Die politische Partei als Wahlpartei	206
c) Die „im Gemeinderat vertretene (Wahl-)Partei“	209
2. Einbringung der Wahlvorschläge	212
3. Form und Inhalt der Wahlvorschläge	214
a) Parteibezeichnung	215
b) Liste	219
c) Zustellungsbevollmächtigter Vertreter	222
d) Unterstützungsunterschriften	225
e) Wahlkostenbeitrag	233
4. Listenkoppelung	234
5. Zurückziehung und Änderung (Ergänzung) von Wahlvor- schlägen	235
6. Überprüfung und Veröffentlichung der Wahlvorschläge	237
7. Ausbleiben von Wahlvorschlägen	245
E. Abstimmungsverfahren	247
1. Wahlkarte	248
2. Wahlzeit	252
3. Wahlort	253
a) Wahllokale und Verbotszonen	254
b) Allgemeines Wahllokal	257
c) Eigenes Wahlkartenwahllokal	258
d) Barrierefreies Wahllokal	259
e) Besonderes Wahllokal (Anstaltswahllokal)	260
f) Ort des Aufsuchens von Wahlberechtigten	262
g) Beliebiger Ort im In- oder Ausland	266
4. Leitung der Wahlhandlung	267
a) Wahlbehörden	267
b) Wahlzeugen	268
5. Stimmabgabe	269
a) Stimmabgabe vor der Wahlbehörde	269
b) Persönliche Ausübung des Wahlrechts	279
c) Stimmabgabe im Wege der Briefwahl	280
d) Wahlkuvert und Stimmzettel	282
e) Ausfüllen des Stimmzettels (gültig ausgefüllte – ungültige Stimmzettel)	286
f) Vorzugsstimmen – Reihen und Streichen	293
6. Feststellung des (örtlichen) Wahlergebnisses	296
a) Allgemeines	296
b) Prüfung der Briefwahlkarten	298
c) Stimmzettelpfung und Stimmenzählung	299

F. Ermittlungsverfahren	304
1. Verteilung der Mandate	305
a) Wien	306
b) Rechtslage außerhalb Wiens	309
2. Zuweisung der Mandate an die Bewerber	314
a) Gemeinderatsmitglieder	314
aa) Burgenland, Oberösterreich und Vorarlberg	317
bb) Kärnten, Salzburg, Steiermark, Tirol und Wien	319
cc) Niederösterreich	323
b) Ersatzmitglieder	324
3. Kundmachung des Wahlergebnisses	330
IX. Wahlanfechtung	332
A. Administrative Wahlanfechtung nur gegen die ziffernmäßige Ermittlung	344
B. Administrative Wahlanfechtung wegen Rechtswidrigkeit	348
C. Wiederholung der Wahl	354
X. Konstituierung des Gemeinderats	355
XI. Ende der Rechtsstellung der Gemeinderatsmitglieder	357
A. Mandatsverzicht	358
B. Mandatsverlust	362
1. Mandatsverlust durch Erkenntnis des VfGH	365
2. Mandatsverlust durch Bescheid	368

5. Teil

**Geschäftsordnung des Gemeinderates und
Rechtsstellung seiner Mitglieder**

Helmut Widder

	Rz
I. Der Gemeinderat als repräsentatives Kollegialorgan	1
II. Interne Organisation und Geschäftsordnung für Kollegialorgane	3
III. Verfassungsrechtliche Grundsätze für die Geschäftsordnung des Ge- meinderates	7
A. Sitzungen des Gemeinderates	10
B. Beschluss des Gemeinderates	11
C. Elemente des Beschlussfassungsverfahrens	13
1. Anwesenheitserfordernisse	14
2. Abstimmungserfordernisse	22
3. Fraktionswahlrecht	25
D. Öffentlichkeit der Sitzung des Gemeinderates	26
1. Sitzungsöffentlichkeit im engeren Sinn	26
2. Sitzungsöffentlichkeit im weiteren Sinn	31
3. Ton- und Bildaufnahmen von Gemeinderatssitzungen	33
4. Ausschluss der Öffentlichkeit	39
IV. Geschäftsordnungsbestimmungen für den Gemeinderat in den Ge- meindegesetzen	41
A. Geschäftsordnung als Durchführungsverordnung des Gemein- derates	43
B. Regelungen bezüglich der Rechtsstellung seiner Mitglieder	47
C. Geschäftsordnung und Außenwirkung	53

V. Einberufung der Sitzungen des Gemeinderates	57
VI. Öffentlichkeit der Sitzungen des Gemeinderates	64
VII. Teilnehmer an Gemeinderatssitzungen	78
A. Ausschluss von Gemeinderatsmitgliedern von den Verhandlungen des Gemeinderates	81
B. Befangenheit als Ausschließungsgrund	85
VIII. Leitung der Sitzung des Gemeinderates	95
A. Vorsitz im Gemeinderat	95
B. Ordnungsbefugnisse des Vorsitzenden	99
IX. Beschlussfähigkeit	107
X. Beratung und Beschlussfassung im Gemeinderat	116
A. Allgemeines	116
B. Tagesordnung und Verhandlungsgegenstände	118
C. Vorberatung der Verhandlungsgegenstände in den Ausschüssen des Gemeinderates	128
D. Beratung im Gemeinderat	132
E. Anfragen im Gemeinderat	140
F. Abstimmungen im Gemeinderat	145
G. Schließung der Sitzung	157
XI. Verhandlungsschrift über die Sitzung des Gemeinderates	159

6. Teil

Wahl und Abberufung der Mitglieder des Gemeindevorstands und der Gemeinde(rats)ausschüsse

Johanna Weilguni

auf Grundlage des vordem gemeinsam mit Peter Oberndorfer verfassten Beitrags

	Rz
I. Verfassungsrechtliche Grundlagen	1
II. Zusammensetzung und Funktionsdauer des Gemeindevorstands ...	6
A. Zusammensetzung	6
B. Funktionsdauer	12
III. Allgemeine Grundsätze der Wahl des Gemeindevorstands (des Bürgermeisters)	24
A. Wahlhandlung	25
B. Proportionale Zusammensetzung des Gemeindevorstands	34
1. Gemeinderatsparteien	36
2. Aufteilungsverfahren	39
3. Passives Wahlrecht in den Gemeindevorstand (Ausschließungsgründe)	46
4. Ablehnung der Wahl	52
IV. Wahl des Bürgermeisters durch den Gemeinderat	56
A. Anwendungsbereich	56
B. Wählbarkeit	58
C. Wahlvorgang	63
V. Wahl der Vizebürgermeister und der übrigen Gemeindevorstandsmitglieder	67
A. Wählbarkeit	67

B. Wahlvorgang	72
1. Wahl der Vizebürgermeister und der übrigen Gemeindevorstandsmitglieder in einem einheitlich „proportionalitätswirksamen“ Verfahren	74
a) Burgenland, Kärnten, die oberösterreichischen Statutarstädte sowie Salzburg	75
b) Steiermark	79
c) Tirol	83
2. Wahl der Gemeindevorstandsmitglieder mit anschließender „proportionalitätsneutraler“ Wahl der Vizebürgermeister	86
3. Sonderfälle	94
VI. Ende der Rechtsstellung des Bürgermeisters und sonstiger Gemeindevorstandsmitglieder und Neubesetzung vakanter Stellen	98
A. Ende der Funktion des Bürgermeisters und sonstiger Gemeindevorstandsmitglieder	98
1. Amtsverzicht	100
2. Amtsverlust	103
a) Amtsverlust gem Art 119 Abs 4 B-VG	104
b) Amtsverlust in Wien infolge eines verurteilenden Erkenntnisses des VfGH	107
c) Amtsverlust infolge Unvereinbarkeit	108
d) Amtsverlust durch Abberufung (Misstrauensvotum)	109
e) Amtsverlust durch Beendigung des Gemeinderatsmandates	118
f) Beispiele sonstiger Amtsverlusttatbestände	121
B. Neubesetzung vakanter Gemeindevorstands(Bürgermeister)stellen	123
1. Allgemeines	123
2. Nachwahl in das Amt eines durch den Gemeinderat gewählten Bürgermeisters	125
a) Niederösterreich, Salzburg Stadt, Vorarlberg und Wien ...	126
b) Burgenland, Kärntner Gemeinden, Salzburger Gemeinden	129
c) Kärntner Statutarstädte	133
d) Oberösterreich	134
e) Steiermark	137
f) Tirol (außer Innsbruck)	141
g) Innsbruck	145
VII. Wahl der Gemeinderatsausschüsse	147
A. Allgemeines	147
B. Zusammensetzung, Funktionsdauer und Wahl	150
VIII. Wahlanfechtung	165
A. Verfassungsgerichtliches Wahlprüfungsverfahren	165
B. Administratives Wahlprüfungsverfahren	170

7. Teil

Die Direktwahl des Bürgermeisters

Gudrun Trauner

	Rz
I. Der direkt gewählte Bürgermeister in der Rechtsordnung	1
A. Internationales Recht	4
B. Unionsrecht	7
C. Die Kompetenz „Bürgermeister-Direktwahl“	10

D. Bundesverfassungsrechtliche Wahlrechtsgrundsätze	12
E. Landes(verfassungs)gesetzliche Wahlrechtsbestimmungen	15
II. Das Wahlrecht	20
A. Die „Bedingungen“ des Wahlrechts und der Wählbarkeit	20
B. Das aktive Wahlrecht	24
C. Das passive Wahlrecht	29
III. Wahlverfahren	37
A. Wahlausschreibung	40
1. Die allgemeine Gemeinderats- und Bürgermeisterwahl	41
2. Die vorzeitige Gemeinderats- und Bürgermeisterwahl	43
3. Die Bürgermeisterneuwahl	52
a) Indirekte (Neu-)Wahl des Bürgermeisters durch den Gemeinderat	53
b) Direkte Neu- oder Wiederholungswahl des Bürgermeisters	60
B. Wahl(be)werbung	64
1. Einbringung und Inhalt der Wahlvorschläge	65
2. Änderung und Zurückziehung von Wahlvorschlägen	74
3. Überprüfung und Veröffentlichung der Wahlvorschläge	78
4. Ausbleiben von Wahlvorschlägen	80
a) Ausbleiben eines Wahlvorschlags für die Wahl zum Gemeinderat	81
b) Ausbleiben eines Wahlvorschlags für die Wahl des Bürgermeisters	88
C. Abstimmungsverfahren	89
D. Ermittlungsverfahren	94
1. Wahlentscheid im ersten Wahlgang	95
a) Gemeinderatsmandat	95
b) Mehrere Bürgermeisterkandidaten	100
c) Ein Bürgermeisterkandidat	103
2. Wahlentscheid im zweiten Wahlgang	105
a) Durchführung eines zweiten Wahlgangs	105
b) Verzicht und Tod eines Bürgermeisterkandidaten	109
c) Ergebnis des zweiten Wahlgangs	115
3. Kundmachung des Wahlergebnisses	118
IV. Die Wahlanfechtung	121
V. Die „Abwahl“	128
A. Die Verantwortung des Bürgermeisters	128
B. Die politische Verantwortung des direkt gewählten Bürgermeisters	131
C. Die Abwahl des direkt gewählten Bürgermeisters	134
1. Tiroler Gemeinden	138
2. Burgenland, Kärnten, Oberösterreich, Salzburg, Innsbruck und Vorarlberg	139
a) Die Willensbildung im Gemeinderat	143
aa) (Misstrauens-)Antrag des Gemeinderats	143
bb) (Misstrauens-)Beschluss des Gemeinderats	146
b) Die Willensbildung des Gemeindevolks	149
aa) Anordnung der Volksabstimmung zur Absetzung des Bürgermeisters	149
bb) Die Durchführung der Volksabstimmung	151
cc) Die Entscheidung über den Amtsverlust	154
D. Die Anfechtung der Abwahl	158

VI. Das Ende der Rechtsstellung des direkt gewählten Bürgermeisters . . .	166
A. Die Auflösung des Gemeinderats	166
1. Selbstauflösung des Gemeinderats	169
2. Auflösung des Gemeinderats durch Bürgerabstimmung	171
3. Auflösung des Gemeinderats durch die Aufsichtsbehörde	172
B. Der Amtsverlust	175
C. Der Rücktritt des direkt gewählten Bürgermeisters	181

8. Teil

Einrichtungen der direkten Demokratie in den Gemeinden

Katharina Pabel

Fortführung des von Peter Oberndorfer begründeten Beitrags

	Rz
I. Einleitung und verfassungsrechtliche Grundlagen	1
II. Information der Gemeindemitglieder (bzw Gemeindeeinwohner) . . .	12
A. Gegenstand der Informationspflicht	14
B. Zeitpunkt der Information	20
C. Verfahren	21
D. Subjektiv-öffentliches Recht auf Information?	24
III. Gemeinde(Bürger)versammlungen	29
A. Wesen	29
B. Teilnehmerkreis	32
C. Fakultative und obligatorische Gemeinde(Bürger)versammlungen	34
D. Gegenstand	42
E. Ausnahmen	44
F. Ablauf	46
IV. Gemeindevolksbegehren	51
A. Wesen	52
B. Gegenstand	54
C. Ausnahmen	60
D. Antragsvoraussetzungen und Formvorschriften	64
E. Verfahren (Prüfung und Zurückweisung)	75
F. Wirkung	89
V. Gemeindevolksbefragungen	101
A. Wesen	101
B. Gegenstand	106
C. Ausnahmen	111
D. Anordnung und Ausschreibung	115
E. Initiative der Gemeindemitglieder	123
F. Verfahren	137
G. Ergebnis und Wirkung	144
VI. Gemeindevolksabstimmungen	151
A. Wesen	151
B. Gegenstand	153
C. Ausnahmen	156
D. Initiative	161
E. Anordnung und Ausschreibung	167
F. Stimmrecht und Stichtag	173
G. Verfahren	175

H. Mindestbeteiligung	188
I. Ergebnis und Wirkung	189
VII. Die Anfechtung von Gemeindevolksbegehren, Gemeindevolksbefragungen und Gemeindevolksabstimmungen vor dem VfGH gem Art 141 Abs 1 lit e B-VG	204
VIII. Die Mitwirkungsrechte in der Praxis	208

9. Teil

Rechtsstellung und Aufgaben der Gemeindeorgane

Wolfgang Steiner

	Rz
I. Einleitung	1
II. Allgemeine Grundlagen	3
A. Verfassungsrecht	3
B. Organbegriff	7
C. Aufgabenteilung und Stellung zueinander	10
1. Organkreation	12
2. Organhierarchie	13
a) Instanzenzug	14
b) Weisungsbefugnis	26
c) Übertragung (Delegation) von Zuständigkeiten	30
3. Organkontrolle	35
III. Aufgaben der Gemeindeorgane	40
A. Generalkompetenz	41
B. Oberstes Organ	44
C. Wahlen	
D. Verordnungsrecht	45
1. Allgemeines	45
2. Ortspolizeiliches Verordnungsrecht	47
a) Grundlagen und Entwicklung	47
b) Geltungsgrund ortspolizeilicher Verordnungen	49
c) Bezeichnungspflicht des Materiengesetzgebers	51
d) Vom Wesen ortspolizeilicher Verordnungen	52
e) Auswirkungen einer Übertragung nach Art 118 Abs 7 B-VG	55
f) Auswirkungen einer Bildung eines Gemeindeverbandes ...	56
g) Geltungsbereich und Anwendungsbereich	57
h) Aufsicht	60
i) Überprüfungsverpflichtung	61
j) Voraussetzungen der Erlassung	62
aa) Angelegenheit des eigenen Wirkungsbereiches	63
bb) Ortspolizei	64
cc) Störende Missstände	66
dd) Inhalt	67
ee) Abwehr und Beseitigung	68
ff) Strafbestimmungen	70
E. Ortsteile und Bestellung von Ortsvorstehern (Bezirksvorstehern, Ortsteilbürgermeistern)	73
F. Besorgung der behördlichen Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches	77 a
G. Berufungsbehörde und sachlich in Betracht kommende Oberbehörde	78

H. Amtsverschwiegenheit – Auskunftspflicht – (Allgemeine) Information der Bevölkerung 79

 1. Amtsverschwiegenheit 79

 2. Auskunftspflicht 85

 3. (Allgemeine) Information der Bevölkerung 88

I. Übertragung von Zuständigkeiten auf staatliche Behörden 90

J. Notkompetenzen und Verfügungen in dringenden Fällen 98

K. Einbringung von Rechtsmitteln der Gemeinde 104

L. Vertretung der Gemeinde nach außen 118

M. Unterfertigung von Urkunden 124

N. Verfügungen über Gemeindevermögen 128

O. Auftragsvergabe und Bauvorhaben 131

P. Aufnahme von Darlehen – Darlehensgewährung 133

Q. Zuerkennung von Subventionen und Stipendien 138

R. Wirtschaftliche Unternehmungen 141

S. Personalangelegenheiten 142

T. Verwaltungsführung 144

U. Prüfungs-, Kontroll- und sonstige Ausschüsse 147

V. Vorberatung und Antragstellung 152

W. Erstellung des Voranschlags- und Rechnungsabschlussentwurfs .. 153

X. Durchführung von Beschlüssen und Hemmung des Vollzugs 154

Y. Kundmachungen 160

Z. Übertragener Wirkungsbereich 170

10. Teil

Struktur und Aufgaben des Gemeindeamtes (Magistrates)

Julia Eder/Matthäus Metzler

Rz

I. Funktion des Gemeindeamtes (Stadtamtes) bzw des Magistrates 1

 A. Bürokratischer (Hilfs-)Apparat 1

 1. Verfassungsgesetzliche Einrichtung 1

 2. Aufgaben als Hilfsorgan 3

 3. Geschäftsbesorgungsmonopol 6

 B. Organfunktion 14

 1. Einfachgesetzliche Einrichtung 14

 2. Aufgaben als Organ 18

II. Personell-hierarchische Zusammensetzung 29

 A. Der Bürgermeister als Vorstand des Gemeindeamtes 31

 B. Der Magistratsdirektor (Amtsleiter) als Leiter des inneren Dienstes..... 33

 1. Verfassungsrechtliche Organisationsvorgabe nur für Magistrate..... 33

 2. Aufgabenbereich des inneren Dienstes 44

 3. „Leitung“ des inneren Dienstes und Verhältnis zu übergeordneten Gemeindeorganen (Bürgermeister, Gemeinderat) 61

 4. Die Bestellung des Magistratsdirektors (Amtsleiters) 66

 C. Die übrigen Bediensteten 73

III. Gestaltung der Aufbau- und Ablauforganisation 81

 A. (Verfassungs-)Rechtliche Grundlagen 81

 1. Geschäftseinteilung 85

 2. Geschäftsordnung/Dienstbetriebsordnung 89

B. Moderne Organisationsstrukturen und Praxistipps	94
1. Allgemeine Prinzipien	94
2. „Kundenorientierte“ Dienstleistungsorganisation	95
3. Risikomanagement und interne Kontrolle	98

11. Teil Gemeindefinanzen

Stefan Leo Frank

	Rz
I. Die Stellung der Gemeinden in der Finanzverfassung	1
A. Überblick	1
B. Das finanzverfassungsrechtliche Sachlichkeitsgebot	5
C. Die wirtschaftliche Bedeutung des Finanzausgleichs für die Gemeinden	7
II. Die Abgabehoheit der Gemeinden	12
A. Verfassungsrechtliche Grundlagen	12
1. Die Kompetenz-Kompetenz des Bundes	12
2. Das Abgabenerfindungsrecht der Länder	13
3. Das freie Beschlussrecht der Gemeinden	16
4. Die Verpflichtung der Gemeinden zur Abgabenerhebung	21
B. Gemeindeabgaben nach dem FAG 2017	25
1. Die Grundsteuer	25
2. Die Kommunalsteuer	27
3. Zweitwohnsitzabgaben	29
4. Fremdenverkehrsabgaben	31
5. Lustbarkeitsabgaben (Vergnügungssteuern) ohne Zweckwidmung des Ertrags	38
6. Abgaben für das Halten von Tieren	44
7. Abgaben von freiwilligen Feilbietungen	46
8. Abgaben für den Gebrauch von öffentlichem Grund in den Gemeinden und des darüber befindlichen Luftraums	48
9. Interessentenbeiträge von Grundstückseigentümern und Anrainern	52
10. Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen	59
11. Gemeindeverwaltungsabgaben	69
12. Abgaben für das Abstellen mehrspuriger Kraftfahrzeuge in Kurzparkzonen	71
C. Die Abgabenbehörden	75
D. Das Verfahren	76
1. Die BAO als einheitliche Rechtsgrundlage	76
2. Die Berufung	78
3. Die (Bescheid-)Beschwerde beim Verwaltungsgericht	79
III. Die Beteiligung der Gemeinden am Steuerverbund	82
A. Vorbemerkung	82
B. Die Abgabentypen des Steuerverbundes	83
C. Der Reinertrag der Abgaben als Gegenstand der Verteilung	85
D. Die Oberverteilung	86

E. Die Unterverteilung	87
1. Die länderweise Unterverteilung	88
2. Die gemeindeweise Unterverteilung (interkommunaler Finanz- ausgleich)	91
F. Die Landesumlage	97
G. Die Auszahlung der Gemeindeertragsanteile an den gemeinschaft- lichen Bundesabgaben	100
H. Der Rechtsschutz	101
IV. Finanzaufweisungen und Zuschüsse des Bundes und der Länder an die Gemeinden	102
A. Grundlagen	102
B. Finanzaufweisungen und Zweckzuschüsse des Bundes an die Ge- meinden	103
C. Finanzaufweisungen und Zweckzuschüsse der Länder an die Ge- meinden	104
V. Sonstige Einnahmen der Gemeinden	105
A. Einnahmen aus privatwirtschaftlicher Tätigkeit	105
B. Einnahmen aus Finanztransaktionen	106
VI. Die Ausgabenverantwortung	108
A. Der Grundsatz der eigenen Kostentragung	108
B. Besondere Kostentragungsbestimmungen	110
C. Der Konsultationsmechanismus	112
D. Aufgabenspezifische Finanzierungsregelungen	115
1. Die Finanzierung der Krankenanstalten	116
2. Die Finanzierung der sozialen Wohlfahrt	117
VII. Der Österreichische Stabilitätspakt	119
VIII. Resümee und Ausblick	122

12. Teil

Gemeindehaushaltsrecht

Johannes Hengstschläger

	Rz
I. Wesen und Rechtsgrundlagen des Gemeindehaushaltes	1
A. Wesen und Funktion des Voranschlages	1
B. Die rechtlichen Grundlagen des Gemeindehaushaltes	9
1. Verfassungs- und unionsrechtliche Grundlagen	9
a) Haushaltsrelevante Bestimmungen im B-VG	9
b) Unionsrechtliche Vorgaben	27
c) Innerstaatliche Umsetzung durch den Österreichischen Stabilitätspakt und den Konsultationsmechanismus	28
d) Finanz-Verfassungsgesetz	33
2. Einfachgesetzliche Regelungen	40
3. Haushaltsrecht in Verordnungsform	47
a) Die Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung 2015	47
b) Haushaltsrelevante Verordnungen der Landesregierungen	50
II. Budgetgrundsätze	54
A. Einjährigkeit	55
B. Zeitliche Spezialität	56
1. Wesen	56

2. Ausnahmen vom Prinzip der zeitlichen Spezialität	59
a) Auslaufmonat	59
b) Rücklagen	62
c) Vorbelastungen	64
C. Einheit und Vollständigkeit	66
1. Begriff und Bedeutung	66
2. Beeinträchtigung durch ausgegliederte Rechtsträger	69
D. Bruttoprinzip	73
E. Budgetwahrheit und Genauigkeit	77
F. Qualitative Budgetspezialität	79
G. Quantitative Spezialität	84
1. Bedeutung	84
2. Quantitative Budgetüberschreitungen	86
3. Qualitative Budgetüberschreitungen	89
4. Verstärkungsmittel, Verfügungsmittel	91
5. Nachtragsvoranschläge	96
H. Gesamtbedeckung	99
III. Aufbau und Gliederung des Voranschlages	101
A. Allgemeines	101
B. Grundsätze und Richtlinien für die Veranschlagung	102
C. Ordnung und Struktur des Gemeindehaushalts	103
1. Allgemeines	103
2. Ergebnishaushalt	104
3. Finanzierungshaushalt	105
4. Vermögenshaushalt	106
D. Bestandteile des Voranschlages	107
1. Allgemeines	107
2. Ergebnisvoranschlag	108
3. Finanzierungsvoranschlag	110
a) Einzahlungen	110
b) Auszahlungen	111
c) Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit	112
d) Ausnahmen von der Veranschlagung	113
4. Detailnachweis	116
5. Stellenplan für den Gesamthaushalt	117
6. Beilagen zum Voranschlag	119
E. Gliederung des Voranschlages	121
IV. Erzeugung und Rechtsnatur des Voranschlages	124
A. Erzeugungsverfahren	124
1. Erstellung des Voranschlagsentwurfes	124
2. Mitgestaltungsrecht der Gemeindebürger	128
3. Beschlussfassung durch den Gemeinderat	130
4. Kundmachung	132
5. Aufsichtsbehördliche Prüfung	133
B. Voranschlagsbezogene Beschlüsse	137
C. Rechtsnatur des Voranschlages	140
V. Voranschlagsprovisorien	149
A. Verfügtes Provisorium	150
B. Automatisches (gesetzliches) Provisorium	156
C. Voranschlagserstellung durch Ersatzvornahme	162

D. Budgetvollzug	167
1. Anweisungsrecht	167
2. Kassenführung	169
3. Buchführung	170
VI. Rechnungsabschluss	171
A. Wesen und Funktion des Rechnungsabschlusses	171
B. Erzeugungsverfahren	172
1. Erstellung des Rechnungsabschlusses	172
2. Öffentliche Auflage und Einwendungsrechte der Gemeinde- bürger	174
3. Beschlussfassung durch den Gemeinderat und Veröffentli- chung	175
4. Vorlage an die Aufsichtsbehörde und an den Rechnungshof ..	179
C. Inhalt und Gliederung	182
D. Bestandteile des Rechnungsabschlusses	184
1. Ergebnis- und Finanzierungsrechnung	184
2. Vermögensrechnung	185
3. Voranschlagsvergleichsrechnung	186
4. Nettovermögensveränderungsrechnung	188
5. Beilagen zum Rechnungsabschluss	189
6. Sonstige Bestandteile des Rechnungsabschlusses	190

13. Teil

Gemeindliches Haushalts- und Rechnungswesen

Stefan Leo Frank

	Rz
I. Rechnungsziele und Rechnungsstile des gemeindlichen Haushalts- und Rechnungswesens	1
II. Die Budgethoheit der Gemeinde	4
III. Die Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung 2015	9
A. Entstehung	9
B. Geltungsbereich	21
C. Der integrierte Ergebnis-, Finanzierungs- und Vermögenshaushalt	26
D. Der Voranschlag	27
E. Der Rechnungsabschluss	31
IV. Mittelfristige Finanzplanung	36
V. Informationspflichten	40
VI. Ausblick	45

14. Teil

Wirtschaftsunternehmungen der Gemeinde

Bruno Binder

	Rz
I. Verfassungsrechtliche Grundlagen	1
A. „Selbständige Wirtschaftskörper“ (Art 116 Abs 2 B-VG)	1
B. Gesetzgebungskompetenzen	2
C. Selbstverwaltung und Aufsicht	5
II. Begriffe	7
A. „Wirtschaftliche Unternehmungen“ in Art 116 Abs 2 B-VG	7

B.	„Wirtschaftliche Unternehmungen“ in den Gemeindeordnungen	11
1.	Uneinheitliche Gesetzesbegriffe	13
2.	„(Regie-)Betriebe“	14
3.	„Öffentliche Einrichtungen“	15
4.	„Anstalten“	16
5.	„Stiftungen und Fonds“	17
6.	Gemeindesparkassen	19
C.	Bedeutung der Wirtschaftsunternehmungen	20
III.	Schranken gemeindlicher Wirtschaftstätigkeit	21
A.	Nicht-hoheitliche Gemeindeverwaltung (Privatwirtschaftsverwaltung)	22
B.	Eigener Wirkungsbereich	28
C.	Subsidiaritätsprinzip („Subsidiaritätsklauseln“)	30
D.	Grundrechte	32
E.	Legalitätsprinzip	34
IV.	Eigenbetriebe	39
A.	Gründungsvoraussetzungen	41
B.	Zuständigkeiten	43
C.	Gründungsakt	45
D.	Genehmigungsvorbehalt und Aufsichtsrecht	47
E.	Geschäftsführungsgrundsätze	53
F.	Besonderheiten	54
V.	„Ausgegliederte“ Unternehmungen	58
A.	Grundsatz	58
B.	Ausgliederungsmotive	61
C.	Rechtsprobleme der Ausgliederung	63
1.	Allgemeine Rechtsfragen	63
2.	Ausgegliederte Unternehmungen in den Gemeindeordnungen und Stadtstatuten	69
D.	Rechtsformen ausgegliederter Unternehmungen	70
1.	Kapitalgesellschaften	71
2.	Genossenschaften, Vereine und andere Rechtspersonen	73
3.	Eingetragene Personengesellschaften	77
4.	Gemeindeverbände	78
E.	Übertragungsakte	81
1.	Aufgaben	81
2.	Sachmittel	83
3.	Personal	84
F.	„Weisungen“ der Gemeinde an ausgegliederte Unternehmungen	85
G.	„Hilfstätigkeit“ ausgegliederter Unternehmungen	86

15. Teil

Vergaberecht in der Gemeinde

Hanno Liebmann

	Rz
I. Die Gemeinde im Vergaberecht	1
A. Rahmenbedingungen und Grundlagen	1
1. Vergaberecht und Vergabepaxis	1
2. Europäisches Vergaberecht	12
3. Verfassungsrecht	20

B.	Grundbegriffe	25
1.	BVergG 2018	25
2.	Öffentliche Auftraggeber	33
3.	Private Auftraggeber	54
4.	Sektorenauftraggeber	57
C.	Aufträge	73
1.	Bau	73
2.	Lieferung	76
3.	Dienstleistung	78
4.	Gemischte Aufträge	80
II.	Wege aus dem Vergaberecht	85
A.	Geltungsbereich und Ausnahmen	85
1.	Regime der Ausnahmen	85
2.	Relevante Ausnahmen	88
B.	Ausgenommene öffentlich-öffentliche Verhältnisse	89
1.	Inhouse-Vergaben	89
2.	Öffentlich-öffentliche Zusammenarbeit	98
III.	Öffentliche Aufträge der Gemeinde	109
A.	Vorbereitung des Vergabeverfahrens	109
1.	Schwellenwerte	109
2.	Auftragswert	115
3.	Ausschreibung	118
4.	Inhalt der Ausschreibung	122
5.	Auslegung der Ausschreibung	126
6.	Bereitstellung der Ausschreibungsunterlagen	128
7.	Bekanntmachung	132
B.	Grundsätze	136
1.	Leitbild für Vergabeverfahren	136
2.	Gleichbehandlung	139
3.	Transparenz und Interessenausgleich	142
4.	Wettbewerb	148
5.	Wirtschaftlichkeit und angemessene Preise	153
6.	Vergabe an geeignete Unternehmer	158
7.	Vergabeabsicht und vergabefremde Aspekte	160
8.	Vertraulichkeit	163
9.	Umgehungsverbot	167
C.	Vergabeverfahren	170
1.	Arten und Wahl der Vergabeverfahren	170
2.	Offenes Verfahren	174
3.	Verhandlungsverfahren	179
4.	Direktvergabe	187
5.	Besondere Vergabeverfahren	194
6.	Dokumentation	207
D.	Rechtsschutz	213
1.	Instanzen der Länder	213
2.	Rechtsschutzverfahren im Überblick	223
3.	Verfahrenspraxis	229
4.	Sonstige Verfahren	243
5.	Europäische Instanzen	248

16. Teil

Gebärungskontrolle

Johannes Hengstschläger

	Rz
I. Gemeindeinterne Kontrolleinrichtungen	1
A. Prüfungs(Kontroll)ausschüsse	1
1. Organisation	1
2. Wahl der Mitglieder	6
3. Rechtsqualität des Prüfungs(Kontroll)ausschusses	19
B. Städtische Kontrollämter, Stadtrechnungshöfe	28
1. Organisation und Rechtsstellung	28
2. Bestellung des Kontrollamtsleiters	42
C. Prüfungsgegenstände der gemeindeinternen Kontrolleinrichtungen	45
1. Überprüfung der Gemeindegebarung	46
2. Kommunale Unternehmungen	56
a) Eigenbetriebe	56
b) „Ausgegliederte“ Unternehmungen	66
aa) Allgemeines	67
bb) Kompetenzgrundlagen	74
cc) Grundrechtliche Schranken	79
3. Öffentliche Einrichtungen, Stiftungen, Fonds und Anstalten ..	104
a) Stiftungen und Fonds	104
b) Anstalten	111
c) Öffentliche Einrichtungen	116
D. Kontrollverfahren	118
1. Begriff der Kontrolle	119
2. Prüfungsunterlagen und -methoden	120
3. Prüfungsinitiative	122
4. Relationspflichten	123
5. Antragsrechte	126
E. Zur Zulässigkeit gemeindeinterner Kontrolleinrichtungen	128
II. Gebärungskontrolle durch die Gemeindeaufsichtsbehörde	133
A. Zuständigkeit	133
B. Kontrollorgane	137
1. Behörden der allgemeinen staatlichen Verwaltung	137
2. Landesrechnungshöfe	145
C. Prüfungsgegenstand	153
1. Gemeindegebarung	153
2. Unternehmungen	156
a) Eigenbetriebe	156
b) Ausgegliederte Unternehmungen	158
3. Sonstige Rechtsträger	163
D. Prüfungsverfahren	166
1. Initiative	166
2. Prüfungsmethode	167
3. Berichtspflichten	169
4. Sanktionen	173
5. Kosten	175
E. Gemeindeverbände	176

III. Rechnungshofkontrolle	183
A. Zuständigkeit des Rechnungshofes	183
1. Gemeinden mit mindestens 10.000 Einwohnern	183
2. Kleingemeinden	185
3. Gemeindeverbände	189
B. Prüfungsgegenstand	191
1. Gemeindegebarung	191
2. Stiftungen, Fonds und Anstalten	193
3. Unternehmungen	197
a) Eigenbetriebe	197
b) Ausgliederte Unternehmungen	200
aa) Beteiligung der Gemeinde	200
bb) Beherrschte Unternehmungen	205
cc) Subbeteiligungen und Subbeherrschungen	212
4. Körperschaften	214
5. Andere durch Gesetz bestimmte Rechtsträger (Subventionskontrolle)	217
C. Kontrollverfahren	220
1. Prüfungsinitiative	220
a) Amtswegige Kontrolle	220
b) Besondere Akte der Gebarungsprüfung	221
2. Prüfungsverfahren und -methode	223
3. Berichtspflichten	226
4. Relationspflichten	228
5. Die Sonderstellung Wiens	232
IV. Prüfungskriterien	234
A. Wirtschaftlichkeit	235
B. Sparsamkeit	242
C. Zweckmäßigkeit	244
D. Ziffernmäßige Richtigkeit	245
E. Übereinstimmung mit bestehenden Vorschriften	247
V. Die Prüfung der Gemeindegebarung durch den Landesrechnungshof	248
A. Verfassungsrechtliche Grundlage	248
B. Kleingemeinden	251
1. Prüfungsgegenstand	251
2. Prüfungsinitiative	253
a) Amtswegige Kontrolle	253
b) Ersuchensprüfungen	254
3. Prüfungskriterien und -verfahren	255
4. Berichtspflichten	257
5. Vertraulichkeit, Datenschutz	259
C. Gemeinden mit mindestens 10.000 Einwohnern	260
D. Kompetenzfeststellungsverfahren vor dem VfGH	262
E. Gemeindeverbände	263

17. Teil
Gemeindeaufsicht

Andreas Hauer/Max Hofmann

	Rz	
I. Allgemeines	1	
A. Das Gemeindeaufsichtsrecht in der Rechtsordnung	1	

B. Systembezüge der Gemeindeaufsicht	3
1. Selbstverwaltung und Aufsicht	3
2. Eigener Wirkungsbereich als Gegenstand	4
3. Gemeindeaufsicht als staatliche Verwaltungsfunktion	7
C. Die Gemeindeaufsicht in der Kompetenzverteilung	8
1. Gesetzgebungskompetenzen	8
2. Vollziehung	14
a) Im Allgemeinen	14
b) In der örtlichen Sicherheitspolizei	16
D. Die Behörden der Gemeindeaufsicht	17
1. Behörden der allgemeinen staatlichen Verwaltung	17
2. In der Bundes-Gemeindeaufsicht	19
3. In der Landes-Gemeindeaufsicht	24
4. Anwendbares Verwaltungsverfahrenswert	26
5. Administrative Instanzenzüge	27
6. Aufsichtsbehörden, nicht Oberbehörden	28
E. Gemeindeaufsicht und Gemeindeautonomie	29
F. Allgemeine Grundsätze der Gemeindeaufsicht	34
1. Der Maßstab der Gemeindeaufsicht	34
2. Keine subjektiven Rechte auf Gemeindeaufsicht	38
a) Allgemeines	38
b) Aufsichtsbeschwerde	41
3. Verhältnismäßigkeits- und Schonungsprinzip	45
a) Allgemeines	45
b) Das Gebot zur Schonung erworbener Rechte Dritter	46
G. Die Bundeshauptstadt Wien als Ausnahme.	
von der Gemeindeaufsicht	53
II. Die Instrumente der Gemeindeaufsicht	55
A. Allgemeine Gesichtspunkte	55
1. Der Maßnahmenkatalog des Art 119 a B-VG	55
2. Systematische Ansätze	56
3. Der Ausschluss eines Rechtsmittels an staatliche Verwaltungs- behörden	58
4. Bindung oder Ermessen	61
B. Die Aufsichtsinstrumente im Einzelnen	62
1. Informationsrechte	62
a) Recht zur Informationserhebung	63
b) Auskunftspflicht	65
c) Prüfung an Ort und Stelle	73
d) § 16 Abs 1 F-VG 1948	74
2. Die Verordnungskontrolle	75
a) Mitteilungspflicht der Gemeinde	75
b) Anhörungsverfahren	78
c) Verordnungsaufhebung	79
d) Begründungspflicht	84
e) Die Kundmachung der Aufhebungsverordnung	89
f) Rechtsschutz	92
g) § 10 F-VG 1948	94
3. Vorstellung	95
4. Aufhebung von Bescheiden, Beschlüssen und sonstigen Maß- nahmen	96
a) Amtswegige Aufhebung von Bescheiden	96

b) Amtswegige Aufhebung von anderen Beschlüssen und Maßnahmen	107
c) Gemeinsame Fragen	115
5. Ersatzvornahme	121
a) Art 119a Abs 7 B-VG	121
b) Anwendungsbereich und substituierbare Handlungen	124
c) Aufforderungs- und Auftragsverfahren	129
d) Eigentliche Ersatzvornahme	131
aa) Ersatzvornahme	131
bb) Rechtsnatur und Rechtsschutz	132
cc) Auf Kosten und Gefahr der Gemeinde	133
dd) Unbedingte Notwendigkeit	136
ee) Gebundenheit oder Ermessen	137
e) § 8 Abs 6 F-VG 1948	138
6. Genehmigungsvorbehalte	139
a) Verfassungsrechtliche Grenzen	139
aa) Einzelne Maßnahmen	140
bb) Besondere Berührung überörtlicher Interessen	142
cc) Versagung der Genehmigung nur bei eindeutig über- wiegenden überörtlichen Interessen	146
b) Vorkommen	148
aa) Allgemeines	148
bb) Die Genehmigungsvorbehalte der Gemeindeordnun- gen und Stadtstatute im Besonderen	150
(1) Gegenstand und Genehmigungskriterien	150
(2) Genehmigung als aufschiebende Bedingung	153
(3) Genehmigungsbescheid und Parteistellung	155
cc) Flächenwidmungs- und Bebauungspläne	157
c) Verbleibende Aufsichtsbefugnisse nach erteilter Genehmi- gung?	163
7. Auflösung des Gemeinderates und Amtsverlust anderer Funk- tionäre	165
a) Art 119a Abs 7 B-VG	165
b) Auflösung des Gemeinderates	166
aa) Tatbestände	166
bb) Auflösungsbescheid und Wirkungen	168
cc) Fortführung der Verwaltung	172
dd) Rechtsschutz	177
(1) Gemeinde oder Gemeinderat?	177
(2) Vertretung der Gemeinde	179
(3) Gemeinderatsmandatare	180
(4) Wirkungen des Rechtsschutzes	181
c) Erklärung des Amtsverlusts	183
8. Strafen	188
9. Maßnahmen bei Empfehlungen und Berichten der Volksan- waltschaft	191
10. Feststellungsbescheide	192
11. Die Verpflichtung zur Einberufung von Sitzungen.	193
und die Sitzungsteilnahme	193
12. Überprüfung der Gemeindegebarung	195

C. Gemeindeaufsicht und Rechtsschutz	196
1. Allgemeines	196
2. Rechtsschutzlegitimation der Gemeinde	197
a) Bescheide	197
b) Verordnungen	209
3. Rechtsschutzlegitimation Dritter	210
a) Geltendmachung der Aufsicht?	210
b) Abwehrrechte	211
D. Sonderfall Örtliche Sicherheitspolizei	213
III. Die Aufsicht über Gemeindeverbände	215

18. Teil

Österreichische Gemeinden in der EU (inklusive Beihilfenrecht)

Arno Kahl

	Rz
I. Grundlegung	1
II. Die Stellung und Bedeutung der Gemeinden im rechtlichen Mehrebenen-system	3
A. Die Stellung der Gemeinde in der österreichischen Verfassung ..	3
B. Die Stellung der Gemeinden nach EUV und AEUV	5
1. Die Achtung der lokalen Selbstverwaltung	7
2. Das unionale Subsidiaritätsprinzip	10
3. Der Ausschuss der Regionen	15
C. Exkurs: Die Stellung der Gemeinden im Rahmen des Europarats – die Charta der lokalen Selbstverwaltung	19
III. Die Einspeisung kommunaler Interessen in den unionalen Rechtsetzungsprozess	21
A. Die Stellung der österreichischen Gemeinden in Bezug auf die Erhebung einer Subsidiaritätsrüge	23
B. Die Stellung der österreichischen Gemeinden im Länderbeteiligungsv erfahren	25
C. Die Stellung der österreichischen Gemeinden im Ausschuss der Regionen	27
D. Vernetzung und Lobbying der österreichischen Gemeinden	28
IV. Der Vollzug von Unionsrecht durch Gemeinden	34
A. Örtliche Baupolizei	35
B. Planungs- und Umweltrecht	38
C. Vergaberecht	51
D. Beihilferecht	55
1. Kommunale Beihilfen außerhalb der Daseinsvorsorge	57
a) Die Tatbestandselemente des Beihilfeverbots	57
b) Kommunale Infrastrukturen	58
c) Verkauf von Grundstücken und Gebäuden	62
d) Verkauf und Finanzierung kommunaler Unternehmen ..	67
2. Kommunale Beihilfen im Bereich Daseinsvorsorge	69
a) Begriff Daseinsvorsorge/Beihilfeverbot	70
b) Beschränkung auf wirtschaftliche Tätigkeiten/Unternehmensbegriff	72
c) Das zentrale Element der Begünstigung	75
aa) Das Altmark-Urteil des EuGH	75

bb) Das Almunia-Paket	76
(1) Freistellungsbeschluss	78
(2) DAWI-Rahmen	84
(3) DAWI-De-minimis-Verordnung	93
3. Unionsbeihilfen und Gemeinden – die Regionalpolitik der Union	96
E. Die Gemeindeaufsicht im Lichte des Unionsrechts	105
V. Organisatorische Implikationen	110
A. Diensthoheit und faktische Anpassungen	110
B. Kooperationen zur Vermeidung von Ausschreibungen und zum Nutzen privaten Sachverstands und Kapitals	116
C. Kooperationen im Sinne eines Europas der Regionen	119
VI. Kommunalwahlrecht für Unionsbürger	121
VII. Gemeinden als Teil des österreichischen Stabilitätspakts	123
VIII. Schluss	124

19. Teil

Örtliche Raumplanung

Max Hofmann

	Rz
I. Raum und Planung	1
II. Rechtliche Grundlagen	2
A. Begriff	2
B. Kompetenzrechtliche Bezüge	7
1. Bundesstaatliche Kompetenzverteilung	7
2. Örtliche Raumplanung: Kompetenzlage	12
3. Örtliche und überörtliche Raumplanung: Abgrenzung	15
C. Grundrechtliche Bezüge	21
1. Eigentumsfreiheit	21
2. Gleichheit vor dem Gesetz	30
3. Erwerbsfreiheit	37
4. Recht auf ein faires Verfahren	39
5. Religionsfreiheit	41
D. Unionsrechtliche Bezüge	44
E. Völkerrechtliche Bezüge	48
III. Planungsverfahren	49
A. Allgemeines	49
B. „Stufenbau“ der Raumplanung	51
C. Determinierung	53
D. Grundlagenforschung	57
E. Planungsermessen	66
F. Plangenaugigkeit	72
G. Positiv- und Negativplanung	75
IV. Planungskonflikte	77
A. Bundes- und Landesplanung	78
B. Landes- und Gemeindeplanung	82
C. Koordination	85
V. Örtliche Raumplanung	86
A. Planungsinstrumente	86
1. Örtliches Entwicklungskonzept	89
a) Aufgabe und Inhalt	89

b) Rechtsform und Wirkung	93
c) Verfahren	96
d) Änderung	100
2. Flächenwidmungsplan	104
a) Aufgabe und Inhalt	104
b) Nutzungsarten	119
aa) Bauland	119
(1) Baulandarten	124
(2) Schutzzweck von Baulandarten	129
(3) Aufschließungsgebiete	134
(4) Baulandmobilisierung	136
(5) Vertragsraumordnung	142
bb) Grünland	146
(1) Allgemeines	146
(2) Bebauung im Grünland	150
cc) Vorbehaltsflächen	156
dd) Verkehrsflächen	159
ee) Sonderflächen	163
(1) Allgemeines	163
(2) Seveso-Betriebe	174
(3) Freizeitwohnsitze	177
(4) Einkaufszentren	180
c) Rechtsform	184
d) Wirkung	185
e) Verfahren	188
f) Besondere Verfahrensvorschriften	198
aa) Strategische Umweltprüfung	198
bb) Raumverträglichkeitsprüfung	202
3. Bebauungsplan	206
a) Aufgabe und Inhalt	206
b) Rechtsform	212
c) Wirkung	213
d) Verfahren	214
e) Bebauungsrichtlinien	216
B. Bestandskraft der Pläne	217
C. Widmungsänderungen	220
D. Bausperre	224
E. Entschädigungen	226
1. Entschädigungen für rechtswidrige Planungen	226
2. Entschädigungen für rechtskonforme Planungen	233
3. Planwertausgleich	237
F. Strafbestimmungen	241
VI. Behörden und Rechtsschutz	242
A. Behörden und Verfahren	242
1. Planungsakte	242
2. Individualakte	243
3. Entschädigungsfestsetzung	245
4. Verwaltungsübertretungen	249
B. Aufsicht	250
1. Allgemeines	250
2. Informationsrechte	254
3. Recht zur Aufhebung von Verordnungen	258

4. Recht zur Ersatzvornahme	262
5. Genehmigungsvorbehalt	265
6. Amtswegige Aufhebung von Bescheiden	276
C. Rechtsschutz gegenüber der Aufsichtsbehörde	282
1. Allgemeines	282
2. Rechtsschutz gegenüber Bescheiden	283
3. Rechtsschutz gegenüber Verordnungen	290
4. Rechtsschutzlegitimation Dritter	292
D. Rechtsschutz gegenüber Plänen	294
1. Allgemeines	294
2. Konkrete Verordnungsprüfung	298
a) Auf Antrag eines Gerichtes	298
b) Von Amts wegen	299
3. Individualantrag	301
a) Individualantrag durch Grundeigentümer	304
b) Individualantrag durch Nachbarn	308
c) Individualantrag durch sonstige Personen	309
4. Auswirkungen einer Aufhebung	310

20. Teil
Baurecht

Martina Almhofer

	Rz
I. Einleitung	1
II. Allgemeine Rechtsgrundlagen	3
A. Begriff des Baurechts	3
B. Verfassungsrechtliche Grundlagen	8
1. Gesetzgebung im Bauwesen	8
a) Baurecht in Gesetzes- und Ordnungsform	8
b) Bedarfskompetenz des Bundes als Durchbrechung der Annexkompetenz der Bundesländer	12
c) (Überholte) Wesenstheorie	15
d) Gesichtspunktetheorie, Kumulationsprinzip und Verfahrenskonzentration	18
2. Vollziehung im Bauwesen	21
a) Verwaltungszuständigkeit	21
b) Administrativer und gerichtlicher Rechtsschutz	32
3. Grundrechte	40
a) Allgemeines	40
b) Baurecht und Eigentumsfreiheit	41
c) Baurecht und Gleichheitsgrundsatz	47
d) Baurecht und Recht auf ein faires Verfahren	50
C. Unionsrechtliche Vorgaben	52
III. Bauvorschriften der Bundesländer	58
A. Anwendungsbereich und grundlegende Begriffe der Bauordnungen	58
1. Bauvorhaben und Bauwerk	58
2. Bauplatz	63
a) Begriff	63
b) Verfahren zur Feststellung der Bauplatzeigenschaft	65
c) Kriterien der Bauplatzeigenschaft	71

d) Anliegerleistungen	73
e) Verlust der Bauplatzeigenschaft	75
3. Bewilligung der Änderung von Grundstücksgrenzen	76
B. Arten von Bauvorhaben und damit verbundene Bauverfahren ...	77
1. Einführung	77
2. Bewilligungspflichtige Bauvorhaben	82
a) Grundlagen	82
b) Vereinfachtes Bewilligungsverfahren	87
3. Anzeigepflichtige Bauvorhaben	89
4. Mitteilungspflichtige Bauvorhaben	94
5. Freie Bauvorhaben	97
C. Ablauf des Bewilligungsverfahrens	99
1. Verfahrenseinleitung	99
2. Vorprüfung	102
3. Mündliche Bauverhandlung	104
a) Anberaumung	104
b) Kundmachung	108
4. Partei- und Beteiligtenstellung	113
a) Definition	113
b) Nachbarbegriff	120
c) Subjektiv-öffentliche Einwendungen der Nachbarn	124
d) Heranrückende Wohnbebauung	130
e) Präklusion und verhinderte oder übergangene Parteien ...	132
5. Entscheidung der Baubehörde	140
a) Gebundene Entscheidung mittels Bescheid	140
b) Erlöschen und Nichtigkeit der Baubewilligung	148
6. Bauausführung, Fertigstellung und Benützung	151
D. Bautechnische Vorschriften	160
1. Gegenstand bautechnischer Vorschriften	160
2. Standards der Normungsinstitute	163
E. Baupolizei	167
1. Begriffsdefinitionen	167
a) Begriff der Baupolizei	167
b) Konsenslose und konsenswidrige Bauten	169
2. Baupolizeiliche Maßnahmen	173
a) Instandsetzungsaufträge und Sicherungsmaßnahmen	173
b) Notstandspolizeiliches Vorgehen	176
c) Nachträgliche Auflagen	177
d) Abbruchaufträge	179
IV. Verwaltungsstrafverfahren in Bausachen	186

21. Teil

Örtliche Sicherheits-, Sittlichkeits- und Veranstaltungspolizei

Laura Pavlidis/Florian Schlintl

Rz

I. Grundsätzliches zu polizeilichen Gemeindeaufgaben – die Ortspolizei	1
A. Materieller Polizeibegriff – Sicherheits- vs Verwaltungspolizei ...	1
B. Gemeinde(autonomie)bezug – überörtliche vs örtliche Polizei ...	4
C. Arten kommunaler Verordnungsbefugnisse und ihr Verhältnis zum Gesetz	13

D. Verwaltungsstrafrechtlicher Vollzug ortspolizeilicher Regelungen einschließlich ortspolizeilicher Verordnungen	23
II. Örtliche(s) Sicherheitspolizei(recht) und Sittlichkeitspolizei(recht) ..	27
A. Kompetenzrechtliche Abgrenzung	27
1. Sicherheitspolizei	27
2. Sittlichkeitspolizei	36
3. Zusammenschau	39
B. Grundrechtliche Bezüge	41
C. Unionsrechtliche Bezüge	59
D. Ausgewählte Inhalte	64
1. Öffentlicher Anstand	64
2. Lärm/Geruch	70
3. Ehrenkränkung	78
4. Bettel im öffentlichen Raum	80
5. Alkoholkonsum, Nächtigen/Kampieren und Belästigungen im öffentlichen Raum	91
6. Tierhaltung	97
a) Grundsätzliches zum landesrechtlichen Schutz vor (gefährlichen) Tieren	97
b) Hundespezifische Regelungen	105
7. Prostitution und Peep-Shows	109
a) Allgemeines	109
b) Landesrechtlicher Prostitutionsbegriff	111
c) Landesrechtlich erfasste Erscheinungsformen von Prostitution	114
d) Bordell- und Schutzzonensystem – örtliche Beschränkungen	118
e) Personenbezogene Beschränkungen	126
aa) Sexdienstleistende	127
bb) Bordellbetreibende	128
f) Öffentliche Wahrnehmbarkeit insb aufdringlicher/aggressiver Prostitution	129
g) Kundenbezogene Beschränkungen	131
h) Bordellbewilligung und Ausübung des Bordellbetriebs im zusammenfassenden Überblick	133
i) Peep-Show-Bewilligung	137
8. Sonstiges	138
E. (Insb kommunale) Befugnisse, Behörden und Verfahren und beschränkte Aufsichtsbefugnis des Bundes	143
III. Veranstaltungs(polizei)recht	151
A. Veranstaltungsbegriff	151
1. ... im weiten Sinn	152
2. ... im Sinne von Art 15 Abs 1 und/iVm 3 B-VG	155
3. ... im Sinne von Art 118 Abs 3 Z 3 B-VG	159
4. ... im Sinne der Veranstaltungsgesetze der Länder	162
B. Kompetenzrechtliche Abgrenzung zu ausgewählten Bundeskompetenzen	164
1. Versammlungsrecht	164
2. Vereinsrecht	166
3. Angelegenheiten des Gewerbes	168
4. Bildungswesen	173
5. Monopolwesen	175

6. Angelegenheiten des Tierschutzes	177
7. Angelegenheiten des Kultus	178
8. Angelegenheiten der künstlerischen und wissenschaftlichen Sammlungen und Einrichtungen des Bundes	179
9. Bundestheater	180
C. Grundrechtliche Bezüge	181
D. Unionsrechtliche Bezüge	195
E. Veranstaltungsgesetze der Länder	196
1. Anwendungsbereich	196
2. Arten von Veranstaltungen	199
a) Verbotene Veranstaltungen	200
b) Bewilligungspflichtige Veranstaltungen	201
aa) Bewilligungskriterien	202
bb) Versagungsgründe und Entziehung der Bewilligung ..	205
c) (An)meldepflichtige und anzeigepflichtige Veranstaltungen	207
d) Freie Veranstaltungen	211
3. Veranstalterinnen	212
4. Veranstaltungsstätten	214
5. (Insb kommunale) Befugnisse, Behörden und Verfahren	223
a) Verleihung von Berechtigungen	223
b) Überwachung	228
c) Behörden	232
d) Stellung der Gemeinde	234
e) Rechtsschutz	237
6. Ausgewählte Sonderregelungen für bestimmte Veranstaltungsarten	238
a) Lichtspiele und Kinos	239
b) Spielapparate	241
c) Wetten	242
d) Großveranstaltungen	243
e) Historisch gewachsene Veranstaltungen	244
f) Straßenkunst	245
g) Tanz- und Schischulen	246
h) Fiaker	247
7. Verwaltungsstrafbestimmungen	248
8. An Veranstaltungen anknüpfende Regelungen	249
a) Abgaben	249
b) Jugendschutz	250
c) Nichtraucherrecht	251
d) Urheberrecht	252
e) Tierschutzrecht	253

Abkürzungsverzeichnis

zu den in den Rechtsquellenblöcken gesammelt wiedergegebenen
und abgekürzt zitierten Rechtsquellen
(Stand: Mai 2023)

Für die weiteren Abkürzungen sei auf die AZR verwiesen (Abkürzungs- und Zitierrege⁸ [2019]).

1. ZPEMRK	= Zusatzprotokoll zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (Europäische Menschenrechtskonvention [Zusatzprotokoll]) (Art 1) BGBl 1958/210
ABGB	= Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch JGS 1811/946
Abfallrahmen-RL	= Richtlinie 2008/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. November 2008 über Abfälle und zur Aufhebung bestimmter Richtlinien ABl L 2008/312, 3 ff
AbgEO	= Bundesgesetz vom 30. März 1949 über die Einbringung und Sicherung der öffentlichen Abgaben (Abgabenexekutionsordnung – AbgEO) BGBl 1949/104
AdR	= Ausschuss der Regionen
AEUV	= Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) ABl C 2010/83, 47 ff
AGVO	= Verordnung (EU) 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union ABl L 2014/187, 1 ff
AktG	= Bundesgesetz vom 31. März 1965 über Aktiengesellschaften (Aktiengesetz 1965) BGBl 1965/98
ÄmterLReg	= Bundesverfassungsgesetz vom 30. Juli 1925 betreffend Grundsätze für die Einrichtung und Geschäftsführung der Ämter der Landesregierungen außer Wien BGBl 1925/289
ASVG	= Bundesgesetz vom 9. September 1955 über die Allgemeine Sozialversicherung (Allgemeines Sozialversicherungsgesetz – ASVG) BGBl 1955/189
ATG 1922	= Bundesgesetz vom 3. März 1922 zur Durchführung des Bundesverfassungsgesetzes über die Regelung der finanziellen Beziehungen zwischen dem Bund und den Ländern (Gemeinden) (Abgabenteilungsgesetz) BGBl 1922/125
ATG 1934	= Bundesgesetz vom 26. Oktober 1934 über die Verteilung der Besteuerungsrechte und Abgabenerträge (Abgabenteilungsgesetz – ATG) BGBl 1934/306
Aufzugs-RL	= Richtlinie 2014/33/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Aufzüge und Sicherheitsbauteile für Aufzüge ABl L 2014/96, 251 ff
AVG	= Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 (AVG) BGBl 1991/51
AVOG	= Bundesgesetz über den Aufbau und die Zuständigkeitsregelung der Abgabenverwaltung des Bundes (Abgabenverwaltungsorganisationsgesetz 2010 – AVOG 2010) BGBl I 2010/9

Abkürzungsverzeichnis

AWG	= Bundesgesetz über eine nachhaltige Abfallwirtschaft (Abfallwirtschaftsgesetz 2002 – AWG 2002) BGBl 2002/102
BAO	= Bundesgesetz über allgemeine Bestimmungen und das Verfahren für die von den Abgabenbehörden des Bundes, der Länder und Gemeinden verwalteten Abgaben (Bundesabgabenordnung – BAO) BGBl 1961/194
BadegewässerRL	= Richtlinie 2006/7/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Februar 2006 über die Qualität der Badegewässer und deren Bewirtschaftung und zur Aufhebung der Richtlinie 76/160/EWG ABl L 2006/64, 37 ff
BauTVO	= Verordnung der Oö. Landesregierung, mit der Durchführungsvorschriften zum Oö. Bautechnikgesetz 2013 sowie betreffend den Bauplan erlassen werden (Oö. Bautechnikverordnung 2013 – Oö. BauTV 2013) LGBL 2013/36
Bauprodukten-RL	= Richtlinie 89/106/EWG des Rates vom 21. Dezember 1988 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über Bauprodukte ABl L 1989/40, 12 ff
Bauproduktenverordnung	= Verordnung (EU) 305/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2011 zur Festlegung harmonisierter Bedingungen für die Vermarktung von Bauprodukten und zur Aufhebung der Richtlinie 89/106/EWG des Rates ABl L 2011/88, 5 ff
BDG 1979	= Bundesgesetz vom 27. Juni 1979 über das Dienstrecht der Beamten (Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 – BDG 1979) BGBl 1979/333
Bedarfszuweisungsgesetz	= Bundesgesetz vom 29. Juni 1982 über die Gewährung von Bedarfszuweisungen an Gemeinden (Bedarfszuweisungsgesetz) BGBl 1982/346
BewertungsG 1955	= Bundesgesetz vom 13. Juli 1955 über die Bewertung von Vermögenswerten (Bewertungsgesetz 1955 – BewG 1955) BGBl 1955/148
BezBegrBVG	= Bundesverfassungsgesetz über die Begrenzung von Bezügen öffentlicher Funktionäre (Bezügebegrenzungsgesetz – BezBegrBVG) BGBl I 1997/64
BG betreffend Grundsätze	über eine zeitliche Befreiung von der Grundsteuer für Neu-, Zu-, Auf-, Um- und Einbauten = Bundesgesetz vom 11. Juli 1951, betreffend Grundsätze über eine zeitliche Befreiung von der Grundsteuer für Neu-, Zu-, Auf-, Um- und Einbauten BGBl 1951/157
BGBIG	= Bundesgesetz über das Bundesgesetzblatt 2004 (Bundesgesetzblattgesetz – BGBIG) BGBl I 2003/100
BGdAG	= Bundesgesetz vom 10. März 1967, betreffend die Aufsicht des Bundes über die Gemeinden (Bundes-Gemeindeaufsichtsgesetz) BGBl 1967/123
Bgld AbfallwirtschaftsG 1993	= Gesetz vom 29. November 1993 über die Vermeidung, Sammlung, Beförderung und Behandlung von Abfällen (Bgld Abfallwirtschaftsgesetz 1993) LGBL 1994/10
Bgld AbgG	= Gesetz vom 10. Dezember 2009 über die Behörden und das Strafrecht in Abgabensachen (Burgenländisches Abgabengesetz – Bgld AbgG) LGBL 2010/14
Bgld BauG	= Gesetz vom 20. November 1997, mit dem Bauvorschriften für das Burgenland erlassen werden (Burgenländisches Baugesetz 1997 – Bgld BauG) LGBL 1998/10
Bgld BauVO	= Verordnung der Burgenländischen Landesregierung vom 24. Juni 2008, mit der Vorschriften über die technischen Anforderungen an Bauwerke erlassen werden (Burgenländische Bauverordnung 2008 – Bgld. BauVO 2008) LGBL 2008/63

Bgld GHÖ 2020	= Verordnung der Burgenländischen Landesregierung vom 17. Dezember 2019 über die Führung des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens der Gemeinden, der Freistädte Eisenstadt und Rust und der Gemeindeverbände (Burgenländische Gemeindehaushaltsordnung 2020 – GHÖ 2020) LGBI 2019/102
Bgld GdStruktVbG	= Gesetz vom 1. September 1970 über Gebietsänderungen von Gemeinden (Gemeindestrukturverbesserungsgesetz) LGBI 1970/44
Bgld GdVerbG	= Gesetz vom 17. Dezember 1986 über die Bildung und Organisation von Gemeindeverbänden (Bgld Gemeindeverbandsgesetz) LGBI 1987/20
Bgld GdVkrG	= Gesetz vom 16. Juni 1988 über die Mitwirkung der Gemeindemitglieder an der Vollziehung in Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde (Burgenländisches Gemeindevolksrechtegesetz) LGBI 1988/55
Bgld GemBG 2014	= Gesetz vom 23. Oktober 2014 über das Dienst- und Besoldungsrecht der Gemeindebediensteten des Burgenlandes (Burgenländisches Gemeindebedienstetengesetz 2014 – Bgld GemBG 2014) LGBI 2014/42
Bgld GemO 2003	= Landesverfassungsgesetz, mit dem für die burgenländischen Gemeinden mit Ausnahme der Städte mit eigenem Statut eine Gemeindeordnung erlassen wird (Burgenländische Gemeindeordnung 2003 – Bgld GemO 2003) LGBI 2003/55 (Wv)
Bgld GemWO 1992	= Gesetz vom 7. Mai 1992 über die Wahl der Gemeindeorgane (Gemeindevahlordnung 1992 – GemWO 1992) LGBI 1992/54
Bgld Grundsteuerbefreiungsg 1995	= Gesetz vom 22. Juni 1995 über die zeitliche Befreiung von der Grundsteuer (Grundsteuerbefreiungsgesetz 1995) LGBI 1995/58
Bgld Heilvorkommen- und KurortG 1963	= Gesetz über natürliche Heilvorkommen- und Kurorte (Burgenländisches Heilvorkommen- und Kurortgesetz – Bgld HeiKuG) LGBI 1963/15
Bgld HundeabgabenG	= Gesetz vom 15. Dezember 1949 über die Gemeindeabgabe für das Halten von Hunden (Hundeabgabengesetz) LGBI 1950/5
Bgld KanalabgabeG	= Gesetz vom 25. Juni 1984 über die Einhebung von Kanalabgaben (Kanalabgabengesetz – KABG) LGBI 1984/41
Bgld KanalanschlussG	= Gesetz vom 22. Jänner 1990 über den Anschluß an öffentliche Kanalisationsanlagen und deren Benützung sowie über Aufhebung einer Bestimmung der Bgld. Bauordnung (Bgld. Kanalanschlußgesetz 1989) LGBI 1990/27
Bgld KurzparkzonengebührenG	= Gesetz vom 2. April 1992 über die Erhebung einer Abgabe für das Parken von mehrspurigen Kraftfahrzeugen in Kurzparkzonen (Bgld Kurzparkzonengebührengesetz) LGBI 1992/51
Bgld LandesumlageG	= Gesetz vom 17. Juni 1993 über die Einhebung einer Landesumlage (Landesumlagegesetz) LGBI 1993/73
Bgld Landes- und GemeindeverwaltungsabgabenG	= Gesetz vom 20. März 1969 über die Erhebung von Verwaltungsabgaben in Angelegenheiten des selbständigen Wirkungsbereiches des Landes und des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde (Landes- und Gemeindeverwaltungsabgabengesetz) LGBI 1969/20
Bgld Leichen- und BestattungswesenG	= Gesetz vom 15. Dezember 1969 über das Leichen- und Bestattungswesen im Burgenland (Burgenländisches Leichen- und Bestattungswesengesetz) LGBI 1970/16
Bgld LRHG	= Gesetz vom 22. November 2001 über den Burgenländischen Landes-Rechnungshof (Burgenländisches Landes-Rechnungshof-Gesetz – Bgld LRHG) LGBI 2002/23
Bgld LSG	= Gesetz vom 24. Jänner 2019, mit dem ein Burgenländisches Landessicherheitsgesetz (Burgenländisches Landessicherheitsgesetz – Bgld. LSG) erlassen wird LGBI 2019/30

Abkürzungsverzeichnis

Bgld LTWO 1995	= Gesetz vom 9. November 1995 über die Wahl des Burgenländischen Landtages (Landtagswahlordnung 1995 – LTWO 1995) LGBI 1996/4
Bgld LustbarkeitsabgabeG	1969 = Gesetz vom 16. Juli 1969 über die Einhebung einer Lustbarkeitsabgabe durch die Gemeinden (Lustbarkeitsabgabegesetz 1969) LGBI 1969/40
Bgld L-VG	= Landes-Verfassungsgesetz vom 14. September 1981 über die Verfassung des Burgenlandes (L-VG) LGBI 1981/42
Bgld PflanzenschutzG	= Gesetz vom 27. Mai 2004 über Maßnahmen zum Schutz der Pflanzen vor Krankheiten und Schädlingen (Bgld Pflanzenschutzgesetz 2003) LGBI 2004/47
Bgld RaumplanungsG	= Gesetz über die Raumplanung im Burgenland (Burgenländisches Raumplanungsgesetz) LGBI 1969/18
Bgld RPG 2019	= Gesetz vom 4. Juli 2019 über die Raumplanung im Burgenland 2019 (Burgenländisches Raumplanungsgesetz 2019 – Bgld. RPG 2019) LGBI 2019/49
Bgld StraßenG	= Gesetz vom 30. Juni 2005 über die öffentlichen Straßen mit Ausnahme der Bundesstraßen (Burgenländisches Straßengesetz 2005) LGBI 2005/79
Bgld TourismusG	= Gesetz vom 23. Oktober 2014 über die Organisation und Förderung des Tourismus im Burgenland (Burgenländisches Tourismusgesetz 2014 – Bgld TG 2014) LGBI 2014/63
Bgld Vergabe-PauschalgebührenV	= Verordnung der Burgenländischen Landesregierung vom 22. Juli 2003 über die Höhe der Gebühren in Vergabenachprüfungsverfahren (Bgld Vergabe-PauschalgebührenV) LGBI 2003/52
Bgld VergabepublikationsV	2012 = Verordnung der Burgenländischen Landesregierung vom 16. Jänner 2013 über die Festlegung der Publikationsmedien für Bekanntmachungen in Vergabeverfahren (Burgenländische Vergabepublikationsverordnung – Bgld VPub-VO 2012) LGBI 2013/3
Bgld VergRSG	= Gesetz vom 14. Dezember 2006 über den Rechtsschutz gegen Entscheidungen im Rahmen der Vergabe von öffentlichen Aufträgen (Burgenländisches Vergaberechtsschutzgesetz – Bgld VergRSG) LGBI 2006/66
Bgld VG	= Gesetz vom 7. Oktober 1993 über die öffentlichen Veranstaltungen im Burgenland (Bgld. Veranstaltungsgesetz) LGBI 1994/2
Bgld VPG-VO	= Verordnung der Burgenländischen Landesregierung vom 26. April 2007 über die Höhe der Gebühren in Vergaberechtsschutzverfahren (Burgenländische Vergabe-Pauschalgebührenverordnung – Bgld. VPG-VO) LGBI 2007/31
Bgld WasserleitungsabgabeG	= Gesetz vom 28. Dezember 1961 über die Einhebung einer Wasserleitungsabgabe durch die Gemeinden LGBI 1962/6
BHG 2013	= Bundesgesetz über die Führung des Bundeshaushaltes (Bundeshaushaltsgesetz 2013 – BHG 2013) BGBl I 2012/62
BHygG	= Bäderhygienegesetz BGBl 1976/254
BSVG	= Bundesgesetz vom 11. Oktober 1978 über die Sozialversicherung der in der Land- und Forstwirtschaft selbständig Erwerbstätigen (Bauern-Sozialversicherungsgesetz – BSVG) BGBl 1978/559
Bürgschaftsmitteilung	= Mitteilung der Kommission über die Anwendung der Artikel 87 und 88 des EG-Vertrags auf staatliche Beihilfen in Form von Haftungsverpflichtungen und Bürgschaften ABl C 2008/155, 10 ff
BVergG 2006	= Bundesgesetz über die Vergabe von Aufträgen (Bundesvergabegesetz 2006 – BVergG 2006) BGBl I 2006/17
BVergG 2018	= Bundesgesetz über die Vergabe von Aufträgen (Bundesvergabegesetz 2018 – BVergG 2018) BGBl I 2018/65

BVergGKonz 2018	= Bundesgesetz über die Vergabe von Konzessionsverträgen (Bundesvergabegesetz Konzessionen 2018 – BVergGKonz 2018) BGBl I 2018/65
BVergGVS 2012	= Bundesvergabegesetz über die Vergabe von Aufträgen im Verteidigungs- und Sicherheitsbereich (Bundesvergabegesetz Verteidigung und Sicherheit 2012 – BVergGVS 2012) BGBl I 2012/10
B-VG	= Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG) BGBl 1930/1 (Wv)
BVG Gemeindebund	= Bundesverfassungsgesetz über Ermächtigungen des Österreichischen Gemeindebundes und des Österreichischen Städtebundes BGBl I 1998/61
BVG Unterbringung	= Bundesverfassungsgesetz über die Unterbringung und Aufteilung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden BGBl I 2015/120
B-VGN 1962/205	= Bundes-Verfassungsgesetznovelle 1962 BGBl 1962/205 (Dfb)
B-VGN 1962/215	= Bundesverfassungsgesetz vom 18. Juli 1962, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929 hinsichtlich des Schulwesens abgeändert wird BGBl 1962/215
B-VGN 1975/316	= Bundesverfassungsgesetz vom 28. April 1975, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929 hinsichtlich des Schulwesens abgeändert wird BGBl 1975/316
B-VGN 1984/490	= Bundesverfassungsgesetz vom 27. November 1984, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929 geändert wird BGBl 1984/490
BVwG-PauschGebV Vergabe	= Verordnung der Bundesregierung betreffend die Pauschalgebühr für die Inanspruchnahme des Bundesverwaltungsgerichtes in den Angelegenheiten des öffentlichen Auftragswesens (BVwG-Pauschalgebührenverordnung Vergabe 2018 – BVwG-PauschGebV Vergabe 2018) BGBl I 2018/212
CleanCarRL	= Richtlinie 2009/33/EG des Europäischen Parlaments und des Rats vom 23. April 2009 über die Förderung sauberer und energieeffizienter Straßenfahrzeuge – CleanCarRL ABl L 2009/120, 5 ff
Datenschutz-Grundverordnung	= Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) ABl L 2016/119, 1 ff
DAWI-De-minimis-Verordnung	= Verordnung (EU) 360/2012 der Kommission vom 25. April 2012 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen an Unternehmen, die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbringen ABl L 2012/114, 8 ff
DAWI-Freistellungsbeschluss	= 2012/21/EU: Beschluss der Kommission vom 20. Dezember 2011 über die Anwendung von Artikel 106 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen zugunsten bestimmter Unternehmen, die mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut sind ABl L 2012/7, 3 ff
DAWI-Mitteilung	= Mitteilung der Kommission über die Anwendung der Beihilfevorschriften der Europäischen Union auf Ausgleichsleistungen für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse ABl C 2012/8, 4 ff
DAWI-Qualitätsrahmen	= Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen Ein Qualitätsrahmen für Dienstleistungen von allgemeinem Interesse in Europa KOM(2011) 900

Abkürzungsverzeichnis

DAWI-Rahmen	= Mitteilung der Kommission — Rahmen der Europäischen Union für staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen (2011) ABl C 2012/8, 15 ff
dBauGB	= (deutsches) Baugesetzbuch vom 23. September 2004 BGBl I S 2414 idF BGBl I 2015 S 1722
Dienstleistungs-RL	= Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt ABl L 2006/376, 36 ff
De-Minimis-Verordnung	= Verordnung (EG) 1998/2006 der Kommission vom 15. Dezember 2006 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf De-minimis-Beihilfen ABl L 2006/379, 5 ff
DSG	= Bundesgesetz zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten (Datenschutzgesetz – DSG) BGBl I 1999/165
EFRE	= Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
EGV	= Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (EGV) ABl C 1997/340, 1 ff
EGVG 2008	= Einführungsgesetz zu den Verwaltungsverfahrensgesetzen 2008 – EGVG BGBl I 2008/87 (Wv)
EisStR 2003	= Landesverfassungsgesetz, mit dem für die Freistadt Eisenstadt ein Statut erlassen wird (Eisenstädter Stadtrecht 2003 – EisStR 2003) LGBl 2003/56 (Wv)
ElWOG 2010	= Bundesgesetz, mit dem die Organisation auf dem Gebiet der Elektrizitätswirtschaft neu geregelt wird (Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz – ElWOG) BGBl I 1998/143
EMRK	= Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (Europäische Menschenrechtskonvention) BGBl 1958/210
EStG	= Bundesgesetz vom 7. Juli 1988 über die Besteuerung des Einkommens natürlicher Personen (Einkommensteuergesetz 1988 – EStG 1988) BGBl 1988/400
ESVG 95	= Verordnung (EG) 2223/96 des Rates vom 25. Juni 1996 zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene in der Europäischen Gemeinschaft ABl L 1996/310, 1 ff
EUV	= Vertrag über die Europäische Union (EUV) ABl C 2010/83, 1 ff
EuWEG	= Bundesgesetz über die Führung ständiger Evidenzen der Wahl- und Stimmberechtigten bei Wahlen zum Europäischen Parlament (Europa-Wählerevidenzgesetz – EuWEG) BGBl 1996/118
EVTZ	= Europäischer Verbund für territoriale Zusammenarbeit
EVTZ-VO	= Verordnung (EG) 1082/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 über den Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) ABl L 2006/210, 19 ff
FAG 2017	= Bundesgesetz, mit dem der Finanzausgleich für die Jahre 2017 bis 2021 geregelt wird und sonstige finanzausgleichsrechtliche Bestimmungen getroffen werden (Finanzausgleichsgesetz 2017 – FAG 2017), BGBl I 2016/116
FFH-RL	= Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen ABl L 1992/206, 7 ff
Fiskalrahmen-RL	= Richtlinie 2011/85/EU des Rates vom 8. November 2011 über die Anforderungen an die haushaltspolitischen Rahmen der Mitgliedstaaten
ForstG	= Bundesgesetz vom 3. Juli 1975, mit dem das Forstwesen geregelt wird (Forstgesetz 1975) BGBl 1975/440

L

Gemeinderecht, Titlei (7. Ausgabe)

FSVG	= Bundesgesetz über die Sozialversicherung freiberuflich selbständig Erwerbstätiger (Freiberuflichen-Sozialversicherungsgesetz – FSVG) BGBl 1978/624
F-VG 1948	= Bundesverfassungsgesetz über die Regelung der finanziellen Beziehungen zwischen dem Bund und den übrigen Gebietskörperschaften (Finanz-Verfassungsgesetz 1948 – F-VG 1948) BGBl 1948/45
G betreffend die Übernahme der Staatsgewalt in den Ländern	= Gesetz vom 14. November 2018 betreffend die Übernahme der Staatsgewalt in den Ländern StGBI 1918/24
G über die Verbesserung der Kommunalstruktur	= Gesetz über die Verbesserung der Kommunalstruktur in Niederösterreich LGBl 1451-0
GdWOG 1992	= Gesetz vom 26. Mai 1992, mit dem eine Gemeindewahlordnung für die Landeshauptstadt Graz beschlossen wird (Gemeindewahlordnung Graz 1992) LGBl 1992/42
Gebarungsstatistik-VO2014	= Verordnung der Bundesministerin für Finanzen über die Statistik der Gebarung im öffentlichen Sektor 2014 (Gebarungsstatistik-VO 2014) BGBl II 2013/345
Gebäude-RL	= Richtlinie 2010/31/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Mai 2010 über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden ABl L 2010/153, 13 ff
GebG	= Gebührengesetz 1957 BGBl 1957/267 (Wv)
GEOM	= Geschäftseinteilung und Geschäftsordnung für den Magistrat der Landeshauptstadt Linz ABl 1999 1/35
Gesundheits- und Sozialbereich-BeihilfenG	= Bundesgesetz, mit dem Beihilfen im Gesundheits- und Sozialbereich geregelt werden (Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz – GSBG) BGBl 1996/746
GewO	= Gewerbeordnung 1994 (GewO 1994) BGBl 1994/194 (Wv)
GmbHG	= Gesetz vom 6. März 1906, über Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH-Gesetz – GmbHG) RGBl 1906/58
GPA	= Agreement on Government Procurement (GPA) – Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen ABl L 1994/336, 1 ff
GrundsteuerG 1955	= Bundesgesetz vom 13. Juli 1955 über die Grundsteuer (Grundsteuergesetz 1955 – GrStG 1955) BGBl 1955/149
Grundstücksmitteilung	= Mitteilung der Kommission betreffend Elemente staatlicher Beihilfe bei Verkäufen von Bauten oder Grundstücken durch die öffentliche Hand ABl C 1997/209, 3 ff
GSpG	= Bundesgesetz vom 28. November 1989 zur Regelung des Glücksspielwesens (Glücksspielgesetz – GSpG), über die Änderung des Bundeshaltungsgesetzes und über die Aufhebung des Bundesgesetzes betreffend Lebensversicherungen mit Auslosung BGBl 1989/620
GSVG	= Bundesgesetz vom 11. Oktober 1978 über die Sozialversicherung der in der gewerblichen Wirtschaft selbständig Erwerbstätigen (Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz – GSVG) BGBl 1978/560
GWG 2011	= Bundesgesetz, mit dem Neuregelungen auf dem Gebiet der Erdgaswirtschaft erlassen werden (Gaswirtschaftsgesetz 2011 – GWG 2011) BGBl I 2011/107
HIG	= Bundesgesetz über Eisenbahn-Hochleistungsstrecken (Hochleistungsstreckengesetz – HIG) BGBl 1989/135
IWO 2011	= Gesetz vom 6. Oktober 2011 über die Innsbrucker Wahlordnung 2011 (IWO 2011) LGBl 2011/120

K-AGO	= Kärntner Allgemeine Gemeindeordnung – K-AGO LGBI 1998/66 (Wv)
KAKuG	= Bundesgesetz über Krankenanstalten und Kuranstalten (KAKuG) BGBl 1957/1
K-AOG	= Gesetz über die Organisation und die Besonderheiten der Abgabenverwaltung in Kärnten (Kärntner Abgabenorganisationsgesetz – K-AOG) LGBI 2010/42
K-AWO	= Kärntner Abfallwirtschaftsordnung 2004 – K-AWO LGBI 2004/17 (Wv)
K-BO	= Kärntner Bauordnung 1996 – K-BO 1996 LGBI 1996/62 (Wv)
K-BStG	= Gesetz vom 2. Juli 1971 über das Leichen- und Bestattungswesen (Kärntner Bestattungsgesetz – K-BStG) LGBI 1971/61
K-BV	= Gesetz vom 19. Juni 1985, mit dem Bauvorschriften für das Land Kärnten erlassen werden (Kärntner Bauvorschriften – K-BV) LGBI 1985/56
Kerndaten-VO	= Verordnung des Bundesministers für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz, mit der die Standardisierung des Kerndatenformates und die Befüllung der Metadatenfelder festgelegt werden (Kerndaten-Verordnung – Kerndaten-VO), BGBl II 2019/57
K-GAbgG	= Gesetz vom 17. Juni 1969 über Abgaben für den Gebrauch von öffentlichem Gemeindestraßengrund und des darüber befindlichen Luftraumes (Kärntner Gebrauchsabgabengesetz – K-GAbgG) LGBI 1969/42
K-GBWO	= Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlordnung 2002 – K-GBWO LGBI 2002/32 (Wv)
K-GGBG	= Gesetz vom 21. November 1958 über die Abgaben für die Benützung öffentlichen Gemeindegrundes und des darüber befindlichen Luftraumes durch Gemeindeunternehmen (Kärntner Gemeindegrund-Benützungsgesetz – K-GGBG) LGBI 1959/2
K-GHG 2019	= Gesetz vom 26. September 2019, mit dem ein Gesetz über die Haushaltsführung der Gemeinden (Kärntner Gemeindehaushaltsgesetz – K-GHG) erlassen wird, LGBI 2019/80
K-GHO	= Kärntner Gemeindehaushaltsordnung – K-GHO LGBI 1999/2 (Wv)
K-GKG	= Kärntner Gemeindekanalisationsgesetz (K-GKG) LGBI 1999/62 (Wv)
K-GSBG	= Kärntner Grundsteuerbefreiungsgesetz (K-GSBG) LGBI 1975/13
K-GWVG	= Kärntner Gemeindewasserversorgungsgesetz (K-GWVG) LGBI 1997/107 (Wv)
K-HeizG	= Gesetz vom 13. Dezember 2013 über das Inverkehrbringen und den Betrieb von Heizungsanlagen (Kärntner Heizungsanlagengesetz) LGBI 2014/1
K-HAG	= Gesetz vom 24. November 1969 über Abgaben für das Halten von Hunden (Hundeabgabengesetz – K-HAG) LGBI 1970/18
K-KStR 1998	= Klagenfurter Stadtrecht 1998 – K-KStR 1998 LGBI 1998/70 (Wv)
KlassischeRL 2004/18/EG	= Richtlinie 2004/18/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 31. März 2004 über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Bauaufträge, Lieferaufträge und Dienstleistungsaufträge ABl L 2004/134, 114 ff
K-LSiG	= Gesetz über Angelegenheiten der Ortspolizei und die Bestellung von Aufsichtsorganen der Gemeinden (Kärntner Landessicherheitsgesetz – K-LSiG) LGBI 1977/74
K-LUG	= Gesetz vom 3. Mai 1967 über eine Landesumlage (K-LUG) LGBI 1967/22
K-LVAG	= Gesetz vom 16. Dezember 1969 über die Einhebung von Verwaltungsabgaben in den Angelegenheiten der Landes- und Gemeindeverwaltung (Kärntner Landes- und Gemeindeverwaltungsabgabengesetz – K-LVAG) LGBI 1970/62

K-LVG	= Landesverfassungsgesetz vom 11. Juli 1996, mit dem die Verfassung für das Land Kärnten erlassen wird (Kärntner Landesverfassung – K-LVG) LGBL 1996/85 idF LGBL 2013/39
KommStG 1993	= Bundesgesetz, mit dem eine Kommunalsteuer erhoben wird (Kommunalsteuergesetz 1993 – KommStG 1993) BGBl 1993/819
Kommunalabwasser-RL	= Richtlinie 91/271/EWG des Rates vom 21. Mai 1991 über die Behandlung von kommunalem Abwasser ABl L 1991/135, 40 ff
KommunalwahlRL 94/80/EG	= Richtlinie 94/80/EG des Rates vom 19. Dezember 1994 über die Einzelheiten der Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts bei den Kommunalwahlen für Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen ABl L 1994/368, 38 ff
KonsMech	= Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über einen Konsultationsmechanismus und einen künftigen Stabilitäts-pakt der Gebietskörperschaften BGBl I 1999/35
K-ONTG	= Kärntner Orts- und Nächtigungstaxengesetz – K-ONTG LGBL 1970/144 (Wv)
KonzV-RL	= Richtlinie 2014/23/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die Konzessionsvergabe ABl L 2014/94, 1 ff
K-PRG	= Gesetz vom 17. Mai 1990 zur Abwehr von Mißständen bei der Anbahnung und Ausübung der Prostitution (Kärntner Prostitutionsgesetz – K-PRG) LGBL 1990/58
K-PStG	= Gesetz, mit dem die Entrichtung der Parkgebühr, der Ausgleich für fehlende Garagen und Stellplätze sowie die Bestellung von Straßenaufsichtsorganen geregelt werden (Kärntner Parkraum- und Straßenaufsichtsgesetz – K-PStG) LGBL 1996/55 (Wv)
Kremser StR 1977	= Kremser Stadtrecht 1977 LGBL 1010-0 (Wv)
Krnt BGdVerbOrgV	= Verordnung der Landesregierung vom 16. Februar 1988 über die Organisation von Gemeindeverbänden nach Bundesrecht (Bundes-Gemeindeverbandsorganisationsvorschriften) LGBL 1988/7
Krnt GdStruktVbG	= Gesetz vom 29. Juni 1972 über die Neuordnung der Gemeindestruktur in Kärnten (Kärntner Gemeindestruktur-Verbesserungsgesetz) LGBL 1972/63
Krnt GdVBefr	= Kundmachung der Kärntner Landesregierung vom 15. Dezember 1998 über die Gemeindevolksbefragung LGBL 1998/105
Krnt Spiel- und GlücksspielautomatenG	= Gesetz über das Aufstellen und den Betrieb von Spielautomaten und Glücksspielautomaten in Kärnten (Kärntner Spiel- und Glücksspielautomatengesetz – K-SGAG) LGBL 2012/110
Krnt VBefrG	= Gesetz vom 19. Dezember 1974 über das Verfahren bei der Durchführung von Volksbefragungen (Kärntner Volksbefragungsgesetz) LGBL 1975/30
K-ROG 2021	= Gesetz über die überörtliche und örtliche Raumordnung (Kärntner Raumordnungsgesetz 2021 – K-ROG 2021) LGBL 2021/59
K-SGAG	= Gesetz über das Aufstellen und den Betrieb von Spielautomaten und Glücksspielautomaten in Kärnten (Kärntner Spiel- und Glücksspielautomatengesetz – K-SGAG) LGBL 2012/110
KStG 1988	= Körperschaftssteuergesetz 1988 (KStG) BGBl 1988/401
K-StrG 2017	= Kärntner Straßengesetz 2017 (K-StrG 2017) LGBL 2017/8 (Wv)
K-TAG	= Kärntner Tourismusabgabegesetz – K-TAG LGBL 1994/59 (Wv)
K-TBWG	= Gesetz vom 13. Juni 1996 über die Tätigkeit der Totalisateure und Buchmacher (Kärntner Totalisateur- und Buchmacherwettengesetz – K-TBWG) LGBL 1996/68
K-VAG	= Gesetz vom 16. Dezember 2010 über die Regelung des Veranstaltungswesens (Kärntner Veranstaltungsgesetz 2010 – K-VAG 2010) LGBL 2011/27

Abkürzungsverzeichnis

K-VergRG	= Gesetz über die Nachprüfung der Vergabe von Aufträgen (Kärntner Vergaberechtsschutzgesetz – K-VergRG) LGBI 2003/17
K-VPPV 2013	= Verordnung der Landesregierung vom 23. September 2003 über die Festlegung des Publikationsmediums für Bekanntmachungen nach dem Bundesvergabegesetz 2006, dem Bundesvergabegesetz Verteidigung und Sicherheit 2012 und der Pauschalgebühren für Vergabenachprüfungsverfahren (Kärntner Vergabe-, Publikations- und Pauschalgebührenverordnung 2013 – K-VPPV 2013) LGBI 2012/117
K-VPV 2019	= Verordnung der Kärntner Landesregierung vom 21. Mai 2019, 01-AC-247/10-2019, über die Höhe der Pauschalgebühren in Vergaberechtsschutzverfahren (Kärntner Vergabe-Pauschalgebührenverordnung – K-VPV 2019) LGBI 2019/40
K-VSG	= Kärntner Vergnügungssteuergesetz – K-VSG LGBI 1982/63 (Wv)
K-VStR 1998	= Villacher Stadtrecht 1998 – K-VStR 1998 LGBI 1998/69 (Wv)
K-ZWAG	= Gesetz vom 29. September 2005 über die Erhebung einer Abgabe von Zweitwohnsitzen (Kärntner Zweitwohnsitzabgabegesetz – K-ZWAG) LGBI 2005/84
L-HO 2019	= Linzer Haushaltsordnung 2019, kundgemacht im Amtsblatt 34 am 23. Dezember 2019
LMSVG	= Bundesgesetz über Sicherheitsanforderungen und weitere Anforderungen an Lebensmittel, Gebrauchsgegenstände und kosmetische Mittel zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher (Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetz) BGBl I 2006/13
LobbyG	= Bundesgesetz zur Sicherung der Transparenz bei der Wahrnehmung politischer und wirtschaftlicher Interessen (Lobbying- und Interessenvertretungs-Transparenz-Gesetz) BGBl I 2012/64
NÖ AbfallwirtschaftsG	= NÖ Abfallwirtschaftsgesetz 1992 (NÖ AWG 1992) LGBI 8240-0
NÖ ABOG 2009	= NÖ Abgabenbehördenorganisationsgesetz 2009 (NÖ ABOG 2009) LGBI 3400-0
NÖ BauO 2014	= NÖ Bauordnung 2014 (NÖ BO 2014) LGBI 2015/1
NÖ BestattungsgG 2007	= NÖ Bestattungsgesetz 2007 LGBI 9480-0
NÖ GebrauchsabgabeG 1973	= NÖ Gebrauchsabgabegesetz 1973 LGBI 3700-0 (Wv)
NÖ GdVerbG	= NÖ Gemeindeverbandsgesetz LGBI 1600-0 (Wv)
NÖ GemeindewasserleitungsgG	= NÖ Gemeindewasserleitungsgesetz 1978 LGBI 6930-0 (Wv)
NÖ GO 1973	= NÖ Gemeindeordnung 1973 (NÖ GO 1973) LGBI 1000-0 (Wv)
NÖ GRWO 1994	= NÖ Gemeinderatswahlordnung (NÖ GRWO 1994) LGBI 0350-0
NÖ HundeabgabeG 1979	= NÖ Hundeabgabegesetz 1979 LGBI 3702-0 (Wv)
NÖ HundehalteG	= NÖ Hundehaltegesetz LGBI 4001-0
NÖ KanalG	= NÖ Kanalgesetz 1977 LGBI 8230-0 (Wv)
NÖ Kassen- und BuchführungsV	= NÖ Kassen- und Buchführungsverordnung LGBI 1000/12-0
NÖ KBV	= NÖ Kassen- und Buchführungsverordnung LGBI 1000/12-0
NÖ KommStruktVbG	= NÖ Kommunalstrukturverbesserungsgesetz LGBI 1971/264
NÖ KraftfahrzeugabstellabgabeG	= NÖ Kraftfahrzeugabstellabgabegesetz LGBI 3706-0
NÖ Landes- und Gemeinde-VerwaltungsabgabenG	= NÖ Landes- und Gemeinde-Verwaltungsabgabengesetz LGBI 3800-0
NÖ LV 1979	= NÖ Landesverfassung 1979 – NÖ LV 1979 LGBI 0001-0
NÖ LWO	= NÖ Landtagswahlordnung 1992 (LWO) LGBI 0300-0
NÖ Mittelfristige FinanzpläneV	= Verordnung über die mittelfristigen Finanzpläne der Gemeinden und die Haftungsobergrenzen der Gemeinden LGBI 1000/11
NÖ PG	= NÖ Prostitutionsgesetz LGBI 4005-0

- NÖ PolStG = NÖ Polizeistrafgesetz LGBI 4000-0
- NÖ RettungsdienstG 2017 = NÖ Rettungsdienstgesetz 2017 (NÖ RDG) LGBI 2016/101
- NÖ ROG = NÖ Raumordnungsgesetz 2014 LGBI 2015/3
- NÖ SpielautomatenG = NÖ Spielautomatengesetz 2011 LGBI 7071-0
- NÖ STROG = NÖ Stadtrechtsorganisationsgesetz (NÖ STROG) LGBI 1026-0
- NÖ StVGO = NÖ Verordnung über die Geschäftsordnung der Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverbände LGBI 1620/1-0
- NÖ TourismusG 2010 = NÖ Tourismusgesetz 2010 LGBI 7400-0
- NÖ VNG = NÖ Vergabe-Nachprüfungsgesetz LGBI 7200-0
- NÖ Vergabe-PauschGebV = NÖ Vergabe-Pauschalgebührenverordnung LGBI 7200-2-0
- NÖ VG = NÖ Veranstaltungsgesetz LGBI 7070-0
- NÖ WettG = NÖ Wettgesetz (NÖ WettG) LGBI 2020/58
- NÖ Wohnungsförderungsg 2005 = NÖ Wohnungsförderungsgesetz 2005 LGBI 8304-0
- NRWO = Bundesgesetz über die Wahl des Nationalrates (Nationalrats-Wahlordnung 1992 – NRWO) BGBl 1992/471
- Öffentlichkeitsbeteiligungs-RL = Richtlinie 2003/35/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Mai 2003 über die Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Ausarbeitung bestimmter umweltbezogener Pläne und Programme und zur Änderung der Richtlinien 85/337/EWG und 96/61/EG des Rates in Bezug auf die Öffentlichkeitsbeteiligung und den Zugang zu Gerichten ABl L 2003/156, 17 ff
- Oö AbfallwirtschaftsG 2009 = Landesgesetz über die Abfallwirtschaft im Land Oberösterreich (Oö. Abfallwirtschaftsgesetz 2009 – Oö AWG 2009) LGBI 2009/71
- Oö AbgG = Landesgesetz, mit dem allgemeine Bestimmungen hinsichtlich der vom Land Oberösterreich und den oö Gemeinden verwalteten Abgaben erlassen werden (Oö Abgabengesetz – Oö AbgG) LGBI 2009/102
- Oö Abwasserentsorgungsg = Landesgesetz, mit dem die Entsorgung von Abwasser [. . .] geregelt wird (Oö. Abwasserentsorgungsgesetz 2001 – Oö. AEG 2001) LGBI 2001/27
- Oö BauO 1994 = Landesgesetz vom 5. Mai 1994, mit dem eine Bauordnung für Oberösterreich erlassen wird (Oö Bauordnung 1994 – OöBauO 1994) LGBI 1994/66
- Oö BauTG 2013 = Landesgesetz über die bautechnischen Anforderungen an Bauwerke und Bauprodukte (Oö. Bautechnikgesetz 2013 – Oö. BauTG 2013) LGBI 2013/35
- Oö Bau-Übertragungsverordnung = Verordnung der Oö. Landesregierung, mit der für bestimmte Gemeinden die Besorgung einzelner Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereichs auf dem Gebiet der örtlichen Baupolizei auf staatliche Behörden des Landes übertragen wird (Oö. Bau-Übertragungsverordnung) LGBI 2003/61
- Oö GBG 2001 = Landesgesetz über das Dienstrecht der Bediensteten der Oö Gemeinden (mit Ausnahme der Städte mit eigenem Statut) und Gemeindeverbände (Oö Gemeindebedienstetengesetz 2001 – Oö GBG 2001) LGBI 2001/48
- Oö GebrauchsabgabenG = Gesetz vom 14. Dezember 1966 über die Abgabe für den Gebrauch von öffentlichem Gemeindegrund und des darüber befindlichen Luftraumes durch gemeindeeigene Unternehmungen (Oö Gebrauchsabgabengesetz) LGBI 1967/9
- Oö GdVerbG = Gesetz vom 1. Juli 1988 über die Gemeindeverbände (Oö Gemeindeverbändegesetz – Oö. GemVG) LGBI 1988/51

Abkürzungsverzeichnis

Oö GemHKRO	= Verordnung der Oö Landesregierung, mit der eine Haushalts-, Kassen- und Rechnungsordnung für die oö Gemeinden mit Ausnahme der Städte mit eigenem Statut erlassen wird (Oö Gemeindehaushalts-, Kassen- und Rechnungsordnung – Oö GemHKRO) LGBI 2002/69
Oö GemHO 2019	= Verordnung der Oö Landesregierung, mit der eine Oö Gemeindehaushaltsordnung erlassen wird (Oö Gemeindehaushaltsordnung – Oö GHÖ) LGBI 2019/71
Oö GemO 1990	= Oö Gemeindeordnung (Oö GemO 1990) LGBI 1990/91 (Wv)
Oö GemPO 2003	= Verordnung der Oö Landesregierung, mit der eine Prüfungsordnung für die oö Gemeinden mit Ausnahme der Städte mit eigenem Statut erlassen wird (Oö Gemeindeprüfungsordnung 2003 – Oö GemPO 2003) LGBI 2003/34
Oö. Glücksspielautomatengesetz	= Landesgesetz über das Aufstellen und den Betrieb von Glücksspielautomaten sowie die Glücksspielautomatenabgabe (Oö. Glücksspielautomatengesetz) LGBI 2011/35
Oö HundehalteG 2002	= Landesgesetz über das Halten von Hunden (Oö Hundehaltegesetz 2002) LGBI 2002/147
Oö InteressentenbeiträgeG 1958	= Gesetz vom 12. Juli 1958, womit die Gemeinden zur Erhebung bestimmter Interessentenbeiträge von Grundstückseigentümern und Anrainern ermächtigt werden (Interessentenbeiträge-Gesetz 1958) LGBI 1958/28
Oö KommWO	= Landesgesetz vom 4. Juli 1996 über die Wahl der Mitglieder des Gemeinderates und des Bürgermeisters (Oö Kommunalwahlordnung) LGBI 1996/81
Oö LandesumlageG 2008	= Landesgesetz über die Einhebung einer Landesumlage (Oö Landesumlagegesetz 2008) LGBI 2008/4
Oö Landesverwaltungsgerichts-Vorbereitungsgesetz	= Landesgesetz zur Vorbereitung der Aufnahme der Tätigkeit des Oö. Landesverwaltungsgerichts (Oö. Landesverwaltungsgerichts-Vorbereitungsgesetz) LGBI 2013/10
Oö LRHG	= Landesgesetz über den Oberösterreichischen Landesrechnungshof (Oö Landesrechnungshofgesetz – Oö LRHG) LGBI 1999/38
Oö LustbarkeitsabgabeG 2015	= Landesgesetz über eine Gemeindeabgabe für Lustbarkeiten (Oö. Lustbarkeitsabgabegesetz 2015 – Oö LabG 2015) LGBI 2015/114
Oö L-VG	= Oö Landesverfassungsgesetz (Oö L-VG) LGBI 1991/122 (Wv)
Oö HundehalteG	= Landesgesetz über das Halten von Hunden (Oö. Hundehaltegesetz 2002) LGBI 2002/147
Oö NSchG	= Landesgesetz über die Erhaltung und Pflege der Natur (Oö. Natur- und Landschaftsschutzgesetz 2001 – Oö. NSchG 2001) LGBI 2001/129
Oö ParkgebührenG	= Gesetz vom 4. März 1988 über die Erhebung einer Gemeindeabgabe für das Abstellen von mehrspurigen Kraftfahrzeugen in Kurzparkzonen (Oö Parkgebührengesetz) LGBI 1988/28
Oö PolStG	= Gesetz vom 21. März 1979 über polizeirechtliche Angelegenheiten (Oö Polizeistrafgesetz – Oö PolStG) LGBI 1979/36
Oö PublikationsmedienV	= Verordnung der Oö Landesregierung über die Festlegung der Publikationsmedien für Bekanntmachungen in Vergabeverfahren (Oö Publikationsmedienverordnung 2012) LGBI 2012/114
Oö ROG 1994	= Landesgesetz vom 6. Oktober 1993 über die Raumordnung im Land Oberösterreich (Oö Raumordnungsgesetz 1994) LGBI 1993/114
Oö SDLG	= Landesgesetz, mit dem die Anbahnung und Ausübung von Sexualdienstleistungen geregelt wird (Oö. Sexualdienstleistungsgesetz – Oö. SDLG) LGBI 2012/80

Oö StGBG 2002	= Landesgesetz über das Dienstrecht der Beamten und Beamtinnen der Städte mit eigenem Statut (Oö Statutargemeinden-Bedienstetengesetz 2002 – Oö StGBG 2002) LGBI 2002/50
Oö Tanzschulgesetz 2010	= Oö. Tanzschulgesetz 2010 LGBI 2010/30
Oö Tourismusabgabe-G 1991	= Landesgesetz vom 30. Jänner 1991 betreffend das Landesgesetz, mit dem ein Oö Tourismusabgabe-Gesetz 1991 erlassen wird (Oö Tourismusabgabe-Gesetz 1991) LGBI 1991/53
Oö UnvbkVG	= Gesetz vom 23. Jänner 1987 betreffend das Verfahren bei der Zustimmung zu einer Betätigung von Mitgliedern eines Stadtsenates in der Privatwirtschaft (Oö Unvereinbarkeits-Verfahrensgesetz für Mitglieder eines Stadtsenates) LGBI 1987/17
Oö Vergabe-PauschalgebührenV 2014	= Verordnung der Oö. Landesregierung, mit der die Höhe der Gebühren in Vergabenachprüfungsverfahren festgelegt wird (Oö. Vergabe-Pauschalgebührenverordnung 2014) LGBI 2013/94
Oö VergRSG 2006	= Landesgesetz über den Rechtsschutz gegen Entscheidungen im Rahmen der Vergabe von öffentlichen Aufträgen (Oö Vergaberechtsschutzgesetz 2006 – Oö VergRSG 2006) LGBI 2006/130
Oö VerwaltungsabgabenG 1974	= Oö Verwaltungsabgabengesetz 1974 LGBI 1974/6 (Wv)
Oö VSG	= Landesgesetz über die Sicherheit bei Veranstaltungen (Oö. Veranstaltungssicherheitsgesetz) LGBI 2007/78
Oö Wettgesetz	= Landesgesetz über den Abschluss von Wetten und das Vermitteln von Wetten und Wettkunden (Oö. Wettgesetz) LGBI 2015/72
ÖPNV	= Öffentlicher Personennahverkehr
ÖPNRV-G 1999	= Bundesgesetz über die Ordnung des öffentlichen Personennah- und Regionalverkehrs (Öffentlicher Personennah- und Regionalverkehrsgesetz 1999 – ÖPNRV-G 1999) BGBl I 1999/204
ÖStP 2012	= Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über eine Weiterführung über eine Österreichischen Stabilitätspakt (ÖStP 2012) BGBl I 2012/30
PaßG	= Bundesgesetz betreffend das Paßwesen für österreichische Staatsbürger (Paßgesetz 1992) BGBl 1992/839
PflegefondsG	= Bundesgesetz, mit dem ein Pflegefonds eingerichtet und ein Zweckzuschuss an die Länder zur Sicherung und zum bedarfsgerechten Aus- und Aufbau des Betreuungs- und Pflegedienstleistungsangebotes in der Langzeitpflege für die Jahre 2011 bis 2021 gewährt wird (Pflegefondsgesetz – PFG) BGBl I 2011/57
PSOVO	= Verordnung (EG) 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) 1191/69 und (EWG) 1107/70 des Rates – PSOVO ABl L 2007/315, 1 ff
Privatisierungsleitfaden	= Leitfaden zur beihilfenkonformen Finanzierung, Umstrukturierung und Privatisierung staatseigener Unternehmen SWD
PublikationsmedienV 2006	= Verordnung des Bundeskanzlers über die Festlegung des Publikationsmediums für Bekanntmachungen gemäß dem Bundesvergabegesetz 2006 – Publikationsmedienverordnung 2006 BGBl II 2006/300
RechtsmittelRL 89/665/EWG	= Richtlinie 89/665/EWG des Rates vom 21. Dezember 1989 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Anwendung der Nachprüfungsverfahren im Rahmen der Vergabe öffentlicher Liefer- und Bauaufträge ABl L 1989/395, 33 ff

Abkürzungsverzeichnis

- Referenzzinssatzmitteilung = Mitteilung der Kommission über die Änderung der Methode zur Festsetzung der Referenz- und Abzinsungssätze ABl C 2008/14, 6 ff
- RHG 1948 = Bundesgesetz vom 16. Juni 1948 über den Rechnungshof (Rechnungshofgesetz (RHG 1948) BGBl 1948/144
- RL 2007/66/EG = Richtlinie 2007/66/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2007 zur Änderung der Richtlinien 89/665/EWG und 92/13 EWG im Hinblick auf die Verbesserung der Wirksamkeit der Nachprüfungsverfahren bezüglich der Vergabe öffentlicher Aufträge ABl L 2007/335, 31 ff
- RL 2009/81/EG = Richtlinie 2009/81/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe bestimmter Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit und zur Änderung der Richtlinien 2004/17/EG und 2004/18/EG ABl L 2009/216, 76 ff
- RohrLG = Bundesgesetz vom 3. Juli 1975 über die gewerbsmäßige Beförderung von Gütern in Rohrleitungen (Rohrleitungsgesetz) BGBl 1975/411
- Ruster StR 2003 = Landesverfassungsgesetz, mit dem für die Freistadt Rust ein Statut erlassen wird (Ruster Stadtrecht 2003 – Ruster StR 2003) LGBl 2003/57 (Wv)
- Salzburger Schischul- und Snowboardschulgesetz = Gesetz über die Errichtung und den Betrieb von Schischulen und Snowboardschulen sowie die Tätigkeit als Schibegleiter (Salzburger Schischul- und Snowboardschulgesetz) LGBl 1989/83
- Sbg AbfallwirtschaftsG 1998 = Gesetz vom 10. Dezember 1998 über die Vermeidung, Erfassung und Behandlung von Abfällen (Abfallwirtschaftsgesetz 1998 – SAWG) LGBl 1999/35
- Sbg Abgaben-Behörden- und -VerwaltungsstraßG = Gesetz vom 4. November 2009 über die Einrichtung des Landesabgabenamtes, über die sachliche Behördenzuständigkeit in Verfahren betreffend die Erhebung von Landes- und Gemeindeabgaben und zur Erlassung von bestimmten besonderen abgabenrechtlichen Straßbestimmungen (Abgaben-Behörden- und -Verwaltungsstraßgesetz – ABehStraG) LGBl 2009/118
- Sbg Allgemeines LandeshaushaltsG = Gesetz über die Struktur und die Führung des Landeshaushalts (Allgemeines Landeshaushaltsgesetz 2018 – ALHG 2018) LGBl 2018/10
- Sbg AltstadterhaltungsG = Salzburger Altstadterhaltungsgesetz 1980 LGBl 1980/50 (Wv)
- Sbg AnliegerleistungsG = Gesetz vom 7. Juli 1976 über bestimmte Versorgungsaufgaben der Gemeinde und Anliegerleistungen (Anliegerleistungsgesetz) LGBl 1976/77
- Sbg BaupolG 1997 = Baupolizeigesetz 1997 – BauPolG LGBl 1997/40 (Wv)
- Sbg Bauten-GrundsteuerbefreiungsG 1998 = Gesetz vom 25. Februar 1998 über die zeitliche Grundsteuerbefreiung für Neu-, Zu-, Auf-, Um- und Einbauten (Bauten-Grundsteuerbefreiungsgesetz 1998) LGBl 1998/47
- Sbg BauTG 2015 = Gesetz vom 7. Oktober 2015 über die technischen Bauvorschriften im Land Salzburg (Salzburger Bautechnikgesetz 2015 – BauTG 2015) LGBl 2016/1
- Sbg BenützungsgebührenG = Gesetz vom 20. März 1963 über die Erhebung von Gebühren für die Benützung von gemeindeeigenen Trinkwasserversorgungs- und Abwasseranlagen (Benützungsgebührengesetz) LGBl 1963/31
- Sbg BGG 1968 = Gesetz vom 27. Juni 1968 über die zweckmäßige Gestaltung der Grundstücke im Bauland, die Schaffung von Bauplätzen und die Lage der Bauten im Bauplatz (Bebauungsgrundlagengesetz – BGG) LGBl 1968/69
- Sbg FiakerG = Gesetz vom 8. Feber 1995 über die Beförderung von Personen durch Fiaker oder Pferdemitwagen (Fiakergesetz) LGBl 1995/68

- Sbg GebrauchsabgabenG = Gesetz vom 11. Dezember 1991 über die Erhebung einer Abgabe für den Gebrauch von öffentlichem Gemeindegrund und des darüber befindlichen Luftraumes durch gemeindeeigene Unternehmungen (Gebrauchsabgabengesetz) LGBI 1992/21
- Sbg GdO 1994 = Salzburger Gemeindeordnung 1994 – GdO 1994 LGBI 1994/107 (Wv)
- Sbg GdO 2019 = Gesetz vom 11. Dezember 2019, in der Fassung des Beschlusses vom 29. Jänner 2020, mit dem ein Gesetz über die Regelung des Gemeindegewesens im Land Salzburg erlassen wird (Salzburger Gemeindeordnung 2019 – GdO 2019) LGBI 2020/9
- Sbg GdVerbG = Gesetz vom 22. Oktober 1986 über Gemeindeverbände im Lande Salzburg (Salzburger Gemeindeverbändegesetz) LGBI 1986/105
- Sbg GHV 2020 = Verordnung der Salzburger Landesregierung vom 23. Dezember 2019 über die Erstellung des Voranschlags und des Rechnungsabschlusses sowie die Kassen- und Rechnungsführung von Gemeinden und Gemeindeverbänden mit Ausnahme der Stadt Salzburg (Gemeindehaushaltsverordnung 2020 – GHV 2020) LGBI 2020/10
- Sbg GWO 1998 = Salzburger Gemeindegewahlordnung 1998 – GWO 1998 LGBI 1998/117 (Wv)
- Sbg InteressentenbeiträgeG 2015 = Gesetz über die Leistung von Interessentenbeiträgen für die Errichtung gemeindeeigener Anlagen (Interessentenbeiträgegesetz 2015 – IBG 2015) LGBI 2015/78
- Sbg KurtaxenG 1993 = Gesetz vom 16. Dezember 1992 über die Erhebung von Kurtaxen und einer Forschungsinstituts-Abgabe im Land Salzburg (Kurtaxengesetz 1993) LGBI 1993/41
- Sbg Landes- und GemeindeverwaltungsabgabenG 1969 = Gesetz vom 4. Juni 1969 über die Erhebung von Verwaltungsabgaben in den Angelegenheiten der Landes- und Gemeindeverwaltung (Salzburger Landes- und Gemeindeverwaltungsabgabengesetz 1969) LGBI 1969/77
- Sbg Leichen- und Bestattungsg 1986 = Salzburger Leichen- und Bestattungsgesetz 1986 LGBI 1986/84 (Wv)
- Sbg L-VG = Landes-Verfassungsgesetz 199 –L-VG LGBI 1999/25 (Wv)
- Sbg LRHG = Gesetz vom 16. Dezember 1992 über die Einrichtung eines Landesrechnungshofes (Salzburger Landesrechnungshofgesetz 1993) LGBI 1993/35
- Sbg NSchG = Salzburger Naturschutzgesetz 1999 – NSchG LGBI 1999/73
- Sbg OrtsbildschutzG 1999 = Salzburger Ortsbildschutzgesetz 1999 – OSchG LGBI 1999/74 (Wv)
- Sbg OrtstaxenG 2012 = Gesetz vom 31. Oktober 2012, mit dem ein Salzburger Ortstaxengesetz 2012 erlassen und das Salzburger Tourismusgesetz 2003 geändert wird (Salzburger Ortstaxengesetz 2012) LGBI 2012/106
- Sbg ParkgebührenG = Gesetz vom 20. März 1991 über die Erhebung einer Gemeindeabgabe für das Abstellen von mehrspurigen Kraftfahrzeugen im Land Salzburg (Salzburger Parkgebührengesetz) LGBI 1991/48
- Sbg PublikationsmedienV = Verordnung der Salzburger Landesregierung vom 4. Juni 2006, mit der das Publikationsmedium für Bekanntmachungen in Vergabeverfahren festgelegt wird LGBI 2006/53
- Sbg Rettungsg 1981 = Gesetz vom 8. Juli 1981 über das örtliche Hilfs- und Rettungswesen im Lande Salzburg (Salzburger Rettungsgesetz) LGBI 1981/78
- Sbg ROG = Gesetz vom 17. Dezember 2008 über die Raumordnung im Land Salzburg (Salzburger Raumordnungsgesetz 2009) LGBI 2009/30
- Sbg StR 1966 = Salzburger Stadtrecht 1966 LGBI 1966/47 (Wv) idF LGBI 2012/95

Abkürzungsverzeichnis

- Sbg Vergabekontrollgebühren-V 2018 = Verordnung der Salzburger Landesregierung vom 13. September 2018 betreffend die Gebühren für die Inanspruchnahme des Landesverwaltungsgerichts in Vergabekontrollangelegenheiten (Salzburger Vergabekontrollgebühren-Verordnung 2018) LGBl 2018/66
- Sbg VergnügungssteuerG 1998 = Gesetz vom 28. Oktober 1998, mit dem ein Gesetz über die Erhebung einer Vergnügungsabgabe durch die Gemeinden erlassen wird (Vergnügungssteuergesetz 1998) und die Salzburger Landesabgabenordnung geändert wird LGBl 1999/2
- Sbg VG = Salzburger Veranstaltungsgesetz 1997 LGBl 1997/100 (Wv)
- SchwellenwerteV 2018 = Verordnung des Bundesministers für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz betreffend die Anpassung von im Bundesvergabegesetz 2018 festgesetzten Schwellenwerten (Schwellenwerteverordnung 2018) BGBl II 2018/211
- SchwellenwerteVO 2083/2005/EG = Verordnung (EG) 2083/2005 der Kommission vom 19. Dezember 2005 zur Änderung der Richtlinien 2004/17/EG und 2004/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Schwellenwerte für die Anwendung auf Verfahren zur Auftragsvergabe ABl L 2005/333, 28 f
- SchwellenwerteVO (EU) 1251/2011 = Verordnung (EU) 1251/2011 der Kommission vom 30. November 2011 zur Änderung der Richtlinien 2004/17/EG, 2004/18/EG und 2009/81/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Schwellenwerte für Auftragsvergabeverfahren – SchwellenwerteVO (EU) ABl L 2011/319, 43 ff
- SchwellenwerteVO (EU) 2019/1828 = Delegierte Verordnung (EU) 2019/1828 der Kommission vom 30. Oktober 2019 zur Änderung der Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Schwellenwerte für die Vergabe öffentlicher Liefer-, Dienstleistungs- und Bauaufträge sowie für Wettbewerbe ABl L 2019/279, 25 ff
- Sek-RL 2014/25/EU = Richtlinie 2014/25/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die Vergabe von Aufträgen durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie der Postdienste und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/17/EG ABl L 2014/94, 243 ff
- SektorenrechtsmittelRL 92/13/EG = Richtlinie 92/13/EWG des Rates vom 25. Februar 1992 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Anwendung der Gemeinschaftsvorschriften über die Auftragsvergabe durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie im Telekommunikationssektor ABl L 1992/76, 14 ff
- SektorenRL 2004/17/EG = Richtlinie 2004/17/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 zur Koordinierung der Zuschlagserteilung durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie der Postdienste ABl L 2004/134, 1 ff
- Seveso III-RL = Richtlinie 2012/18/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 zur Beherrschung der Gefahren schwerer Unfälle mit gefährlichen Stoffen, zur Änderung und anschließenden Aufhebung der Richtlinie 96/82/EG des Rates ABl L 2012/197, 1 ff
- SLSG = Salzburger Landessicherheitsgesetz – S.LSG LGBl 2009/57 (Wv)
- SNG = Bundesgesetz, mit dem das Sicherheitspolizeigesetz ua geändert werden sowie das das Führungs- und Verfügungsgesetz aufgehoben wird (Sicherheitsbehörden-Neustrukturierungs-Gesetz – SNG) BGBl I 2012/50
- Spielapparategesetz = Gesetz über die Aufstellung und den Betrieb von Spielapparaten (Spielapparategesetz) LGBl 1981/23

LX

Gemeinderecht, Titlei (7. Ausgabe)

- StGG = Staatsgrundgesetz vom 21. December 1867, über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder (Staatsgrundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger – StGG) RGBL 1867/142
- St Pöltner StR 1977 = St. Pöltner Stadtrecht 1977 LGBL 1015-0 (Wv)
- StandardformularVO 1564/2005/EG = Verordnung (EG) 1564/2005 der Kommission vom 7. September 2005 zur Einführung von Standardformularen für die Veröffentlichung von Vergabebekanntmachungen im Rahmen von Verfahren zur Vergabe öffentlicher Aufträge gemäß der Richtlinie 2004/17/EG und der Richtlinie 2004/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates ABL L 2005/257, 1 ff
- StandardformularVO (EU) 842/2011 = Durchführungsverordnung (EU) 842/2011 der Kommission vom 19. August 2011 zur Einführung von Standardformularen für die Veröffentlichung von Vergabebekanntmachungen auf dem Gebiet der öffentlichen Aufträge und zur Aufhebung der StandardformularVO(RG) 1564/2005 – StandardformularVO (EU) 842/2011 ABL L 2011/222, 1 ff
- Steiermärkisches Tanzschulgesetz 2014 = Gesetz vom 3. Juni 2014 über die Erteilung von Tanzunterricht in Gesellschaftstänzen (Steiermärkisches Tanzschulgesetz 2014) LGBL 2014/65
- SteuerreformG 1993 = Bundesgesetz, mit dem das Einkommensteuergesetz 1988, [...] geändert werden, [...] (Steuerreformgesetz 1993) BGBl 1993/818
- StG 1967 = Gesetz vom 4. Juli 1967, mit dem ein Statut für die Landeshauptstadt Graz erlassen wird (Statut der Landeshauptstadt Graz 1967) LGBL 1967/130
- StGB = Bundesgesetz vom 23. Jänner 1974 über die mit gerichtlicher Strafe bedrohten Handlungen (Strafgesetzbuch – StGB) BGBl 1974/60
- StGSG = Gesetz vom 1. Juli 2014 über die Aufstellung und den Betrieb von Glücksspielautomaten und Spielapparaten (Steiermärkisches Glücksspielautomaten- und Spielapparategesetz 2014 – StGSG) LGBL 2014/100
- StGsrG = Steiermärkisches Gemeindestrukturreformgesetz LGBL 2014/31
- StL 1992 = Statut für die Landeshauptstadt Linz 1992 (StL 1992) LGBL 1992/7 (Wv)
- StLSG = Gesetz vom 18. Jänner 2005, mit dem ein Steiermärkisches Landes-Sicherheitsgesetz erlassen wird (StLSG) LGBL 2005/24
- Stmk AbfallwirtschaftsG 2004 = Gesetz vom 6. Juli 2004 über eine nachhaltige Abfall- und Stoffflusswirtschaft in der Steiermark (Steiermärkisches Abfallwirtschaftsgesetz 2004 – StAWG 2004) LGBL 2004/65
- Stmk AbgG = Gesetz vom 15. Dezember 2009, mit dem das Gesetz über die Behörden und das Strafrecht in Abgabensachen (Steiermärkisches Abgabengesetz – StAbgG) erlassen wird LGBL 2010/12
- Stmk BauG = Gesetz vom 4. April 1995, mit dem Bauvorschriften für das Land Steiermark erlassen werden (Steiermärkisches Baugesetz – Stmk. BauG) LGBL 1995/59
- Stmk BekanntmachungsV = Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung vom 7. Juli 2003 über die Festlegung der Publikationsmedien für Bekanntmachungen gemäß dem Bundesvergabegesetz 2002 LGBL 2003/60
- Stmk BenützungsabgabenG = Gesetz vom 19. Dezember 1953 über die Einhebung einer Abgabe für die Benützung von öffentlichem Gemeindegrund und des darüber befindlichen Luftraumes (Benützungsabgabengesetz) LGBL 1954/5
- Stmk GdStruktVbG = Gesetz vom 18. Dezember 1967 über Gebietsänderungen von Gemeinden LGBL 1967/138
- Stmk GdStruktVbG = Gesetz vom 3. Dezember 1968 über Gebietsänderungen der Gemeinden LGBL 1968/164

- Stmk GemeindewasserleitungsG 1971 = Gesetz vom 16. Februar 1971 über die von den Gemeinden errichteten öffentlichen Wasserleitungen (Steiermärkisches Gemeindegewässerleitungsgesetz 1971) LGBI 1971/42
- Stmk GemO = Gesetz vom 14. Juni 1967, mit dem für die Gemeinden des Landes Steiermark mit Ausnahme der Städte mit eigenem Statut eine Gemeindeordnung erlassen wird (Steiermärkische Gemeindeordnung 1967 – GemO) LGBI 1967/115
- Stmk GHÖ 1977 = Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung vom 26. April 1977 über die Erstellung des Voranschlages und des Rechnungsabschlusses, über die Kassen und Rechnungsführung sowie über die Verwaltung des Gemeindeeigentums für die Gemeinden des Landes Steiermark mit Ausnahme der Städte mit eigenem Statut (Gemeindehaushaltsordnung 1977 – GHÖ 1977) LGBI 1977/22
- Stmk GHVO 2019 = Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung vom 11. April 2019 über die Führung des Haushalts der Gemeinden des Landes Steiermark (Stmk Gemeindehaushaltsverordnung – StGHVO) LGBI 2019/34
- Stmk Glücksspielautomaten- und SpielapparateG 2014 = Gesetz vom 1. Juli 2014 über die Aufstellung und den Betrieb von Glücksspielautomaten und Spielapparaten (Steiermärkisches Glücksspielautomaten- und Spielapparategesetz 2014 – StSGS) LGBI 2014/100
- Stmk GVOG 1997 = Gesetz vom 1. Juli 1997, mit dem das Steiermärkische Gemeindeverbandsorganisationsgesetz (GVOG 1997) beschlossen wird LGBI 1997/66
- Stmk GWO = Gesetz vom 27. April 2004 über die Gemeindevahlordnung 2004 – GWO LGBI 2004/48
- Stmk HundeabgabeG 2013 = Gesetz über die Einhebung einer Abgabe für das Halten von Hunden (Steiermärkisches Hundeabgabengesetz 2013) LGBI 2012/89
- Stmk KanalabgabenG 1955 = Gesetz vom 28. Juni 1955 über die Erhebung der Kanalabgaben durch die Gemeinden des Landes Steiermark (Kanalabgabengesetz 1955) (Titel in der Fassung LGBI 1971/40) LGBI 1955/71
- Stmk KurabgabeG 1980 = Steiermärkisches Kurabgabengesetz 1980 LGBI 1980/55 (Wv)
- Stmk LandesumlageG = Gesetz vom 3. Juli 2001 über die Landesumlage LGBI 2001/67
- Stmk Landes- und Gemeinde-VerwaltungsabgabenG 1968 = Gesetz vom 26. November 1968 über die Einhebung von Verwaltungsabgaben in den Angelegenheiten der Landes- und Gemeindeverwaltung (Landes- und Gemeinde-Verwaltungsabgabengesetz 1968 – LGVAG 1968) LGBI 1969/145
- Stmk LichtspielG = Gesetz vom 10. Mai 1983 über die Veranstaltung von Lichtspielen (Steiermärkisches Lichtspielgesetz 1983) LGBI 1983/60
- Stmk LRH-VG = Landesverfassungsgesetz vom 29. Juni 1982 über den Landesrechnungshof (Landesrechnungshof-Verfassungsgesetz) LGBI 1982/59
- Stmk LustbarkeitsabgabeG 2003 = Gesetz vom 25. März 2003 über die Einhebung einer Lustbarkeitsabgabe (Lustbarkeitsabgabengesetz 2003 – LAG) LGBI 2003/50
- Stmk L-VG 1960 = Landes-Verfassungsgesetz 1960 –L.-VG. 1960 LGBI 1960/1
- Stmk L-VG 2010 = Gesetz vom 6. Juli 2010, mit dem das Landes-Verfassungsgesetz 2010 (L-VG) erlassen und die Geschäftsordnung des Landtages Steiermark 2005, das Steiermärkische Volksrechtsgesetz, das Gesetz über das Dienst- und Besoldungsrecht der Bediensteten des Landes Steiermark, die Landtags-Wahlordnung 2004 und die Gemeindevahlordnung 2009 geändert werden LGBI 2010/77
- Stmk ParkgebührenG 2006 = Gesetz vom 17. Jänner 2006 über die Erhebung von Gemeindeabgaben für das Abstellen von Kraftfahrzeugen (Steiermärkisches Parkgebührengesetz 2006) LGBI 2006/37

Stmk PG	= Gesetz vom 25. November 1997 betreffend die Prostitution im Bundesland Steiermark (Steiermärkisches Prostitutionsgesetz) LGBI 1998/16
Stmk Vergabe-PauschalgebührenV 2018	= Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung vom 20. September 2018 über die Höhe und die Entrichtung der Verwaltungsabgaben in Vergaberechtsschutzverfahren (Steiermärkische Vergabe-Pauschalgebührenverordnung 2018) LGBI 2018/74
Stmk Vergabe-PublikationsmedienV 2011	= Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung vom 3. Februar 2011 über die Festlegung der Publikationsmedien für Bekanntmachungen nach dem Bundesvergabegesetz 2006 (Steiermärkische Vergabe-Publikationsmedienverordnung 2011) LGBI 2011/10 Stück 3
Stmk VkrG	= Gesetz vom 9. Juli 1986 über die Rechte der Bürger in Gesetzgebung und Vollziehung des Landes und über die Rechte der Bürger in der Gemeinde (Steiermärkisches Volksrechtgesetz) LGBI 1986/87
Stmk WasserleitungsbeitragsG	= Gesetz vom 13. März 1962 über die Erhebung von Wasserleitungsbeiträgen durch die Gemeinden des Landes Steiermark mit Ausnahme der Landeshauptstadt Graz (Wasserleitungsbeitragsgesetz) LGBI 1962/137
StNFAWAG	= Steiermärkisches Nächtigungs- und Ferienwohnungsabgabengesetz – StNFWAG LGBI 1980/54 (Wv)
StRI 1975	= Stadtrecht der Landeshauptstadt Innsbruck 1975 LGBI 1975/53 (Wv)
StmkROG 2010	= Gesetz vom 23. März 2010 über die Raumordnung in der Steiermark (Steiermärkisches Raumordnungsgesetz 2010 – StROG) LGBI 2010/49
StS 1992	= Statut für die Stadt Steyr (StS 1992) LGBI 1992/9 (Wv)
StVAG	= Gesetz vom 3. Juli 2012, mit dem das Veranstaltungswesen im Land Steiermark geregelt wird (Steiermärkisches Veranstaltungsgesetz 2012 – StVAG) LGBI 2012/88
StVergRG 2018	= Gesetz vom 3. Juli 2018 über den Rechtsschutz gegen Entscheidungen im Rahmen der Vergabe von öffentlichen Aufträgen (Steiermärkisches Vergaberechtsschutzgesetz 2018 – StVergRG 2018) LGBI 2018/62
StV St. Germain	= Staatsvertrag von Saint-Germain-en-Laye vom 10. September 1919 (Staatsvertrag von St. Germain – StV St. Germain) StGBI 1920/303
StVO 1960	= Bundesgesetz vom 6. Juli 1960, mit dem Vorschriften über die Straßenpolizei erlassen werden (Straßenverkehrsordnung 1960 – StVO 1960) BGBI 1960/159
StW 1992	= Statut für die Stadt Wels (StW 1992) LGBI 1992/8 (Wv)
StWttG	= Gesetz über das Anbieten, den Abschluss und die Vermittlung von Wetten und die Vermittlung von Wettkundinnen/Wettkunden (Steiermärkisches Wettengesetz 2018 – StWttG) LGBI 2018/9
SUP	= Strategische Umweltprüfung
SUP-RL	= Richtlinie 2001/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2001 über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme ABl L 2001/197, 30 ff
SVKG 2018	= Gesetz vom 27. Juni 2018 über die Kontrolle der Vergabe von öffentlichen Aufträgen im Bundesland Salzburg (Salzburger Vergabekontrollgesetz 2018 – S.VKG 2018) LGBI 2018/63
SWuG	= Gesetz vom 22. März 2017 über die Ausübung der Tätigkeit von Wettunternehmern im Land Salzburg (Salzburger Wettunternehmergesetz – SWuG) LGBI 2017/32
TBO 2018	= Kundmachung der Landesregierung vom 6. Februar 2018 über die Wiederverlautbarung der Tiroler Bauordnung 2011 LGBI 2018/28
TGHKG	= Tiroler Gas-, Heizungs- und KlimaanlagenG 2013 LGBI 2013/111

Abkürzungsverzeichnis

TGO	= Gesetz vom 21. März 2001 über die Regelung des Gemeindewesens in Tirol (Tiroler Gemeindeordnung 2001 – TGO) LGBI 2001/36
TGWO 1994	= Gesetz vom 7. Juli 1994, mit dem die Wahl der Organe der Gemeinde geregelt wird (Tiroler Gemeindewahlordnung 1994 – TGWO 1994) LGBI 1994/88
TiKG	= Gesetz vom 8. November 2000 über öffentliche Kanalisationen (Tiroler Kanalisationsgesetz 2000) LGBI 2001/1
Tir AbfallgebührenG	= Gesetz vom 21. März 1991 über die Erhebung von Abfallgebühren (Tiroler Abfallgebührengesetz) LGBI 1991/36
Tir AbgG	= Gesetz vom 30. September 2009 über die Abgabenbehörden des Landes und der Gemeinden sowie über das Strafrecht in Angelegenheiten der landesrechtlich geregelten Abgaben (Tiroler Abgabengesetz – TAbgG) LGBI 2009/97
Tir AufenthaltsabgabeG 2003	= Gesetz vom 2. Juli 2003 über die Erhebung einer Aufenthaltsabgabe (Tiroler Aufenthaltsabgabengesetz 2003) LGBI 2003/85
Tir GebrauchsabgabeG	= Gesetz vom 7. Oktober 1992 über die Erhebung einer Abgabe für den Gebrauch von öffentlichem Gemeindegrund und des darüber befindlichen Luftraumes (Tiroler Gebrauchsabgabengesetz) LGBI 1992/78
Tir GHV 2012	= Verordnung der Landesregierung vom 25. September 2012 über die Führung des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens der Gemeinden und Gemeindeverbände (Gemeinde-Haushaltsverordnung 2012 – GHV) LGBI 2012/113
Tir GrundsteuerbefreiungsG 1987	= Kundmachung der Landesregierung vom 10. November 1987 über die Wiederverlautbarung des Grundsteuerbefreiungsgesetzes 1968 LGBI 1987/64
Tir HundesteuerG	= Gesetz vom 27. November 1979 über die Erhebung einer Abgabe für das Halten von Hunden, die als Wachhunde oder in Ausübung eines Berufes oder Erwerbes gehalten werden (Tiroler Hundesteuergesetz) LGBI 1980/3
Tir LandesumlageG	= Gesetz vom 13. Dezember 2007 über die Einhebung der Landesumlage LGBI 2008/5
Tir LO 1989	= Landesverfassungsgesetz vom 21. September 1988 über die Verfassung des Landes Tirol (Tiroler Landesordnung 1989) LGBI 1988/61
Tir LPOG	= Gesetz vom 6. Juli 1976 zur Regelung bestimmter polizeilicher Angelegenheiten (Landes-Polizeigesetz) LGBI 1976/60
Tir LRHG	= Gesetz vom 12. Dezember 2002 über den Tiroler Landesrechnungshof (Tiroler Landesrechnungshofgesetz) LGBI 2003/18
Tiroler Technische Bauvorschriften 2016	= Verordnung der Landesregierung vom 29. März 2016 über die bautechnischen Erfordernisse für bauliche Anlagen sowie über Inhalt und Form des Energieausweises (Technische Bauvorschriften 2016 – TBV 2016) LGBI 2020/36
Tir ParkabgabeG 2006	= Kundmachung der Landesregierung vom 10. Jänner 2006 über die Wiederverlautbarung des Tiroler Parkabgabengesetzes 1997 LGBI 2006/9
Tir UnvbkVG	= Gesetz vom 30. Juni 1999 über das Verfahren in Fällen der Unvereinbarkeit LGBI 1999/44
Tir VergabegebührenV	= Verordnung der Landesregierung vom 2. Oktober 2018 über die Festlegung der Gebühren für die Inanspruchnahme des Landesverwaltungsgerichtes Tirol bei der Durchführung von Verfahren nach dem Tiroler Vergabenachprüfungsgesetz 2018 (Tiroler Vergabegebührenverordnung) LGBI 2018/115
Tir VergabenachprüfungsG 2006	= Gesetz vom 5. Juli 2006 über die Nachprüfung im Rahmen der Vergabe von öffentlichen Aufträgen in Tirol (Tiroler Vergabenachprüfungsgesetz 2006) LGBI 2006/70

Tir Vergabepublikations- und VergabegebührenV	= Verordnung der Landesregierung vom 21. November 2006 über die Festlegung des Publikationsmediums für die Bekanntmachungen von Auftragsvergaben sowie der Gebühren für die Inanspruchnahme des unabhängigen Verwaltungssenates als Nachprüfungsbehörde (Tiroler Vergabepublikations- und Vergabegebührenverordnung) LGBL 2006/92
Tir VergnügungssteuerG 2017	= Gesetz vom 5. Juli 2017 über die Vergnügungssteuer in Tirol (Tiroler Vergnügungssteuergesetz 2017) LGBL 2017/87
Tir VerkehrsaufschließungsabgabenG 2011	= Kundmachung der Landesregierung vom 28. Juni 2011 über die Wiederverlautbarung des Tiroler Verkehrsaufschließungsabgabengesetzes LGBL 2011/58
Tir VerwaltungsabgabenG	= Gesetz vom 20. März 1968 über die Verwaltungsabgaben in den Angelegenheiten der Landes- und der Gemeindeverwaltung (Tiroler Verwaltungsabgabengesetz) LGBL 1968/24
TransparenzRL	= Richtlinie 2000/52/EG der Kommission vom 26. Juli 2000 zur Änderung der Richtlinie 80/723/EWG über die Transparenz der finanziellen Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten und den öffentlichen Unternehmen ABL L 2000/193, 75 ff
Trinkwasser-RL	= Richtlinie 98/83/EG des Rates vom 3. November 1998 über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch ABL L 1998/330, 32 ff
TROG	= Tiroler Raumordnungsgesetz 2011 LGBL 2011/56
TUP	= Gesetz vom 9. März 2005 über die Umweltprüfung und die Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Ausarbeitung bestimmter Pläne und Programme in Tirol (Tiroler Umweltprüfungsgesetz) LGBL 2005/34
TVG	= Gesetz vom 2. Juli 2003, mit dem das Veranstaltungswesen in Tirol geregelt wird (Tiroler Veranstaltungsgesetz 2003 – TVG) LGBL 2003/86
TVNG 2018	= Gesetz vom 17. Mai 2018 über die Nachprüfung im Rahmen der Vergabe von öffentlichen Aufträgen und von Bau- und Dienstleistungskonzessionen in Tirol (Tiroler Vergabenachprüfungsgesetz 2018 – TVNG 2018) LGBL 2018/94
T-WuG	= Gesetz vom 4. Juli 2019 über die Tätigkeit der Wettunternehmer (Tiroler Wettunternehmergesetz) LGBL 2019/98
ÜG 1920	= Übergangsgesetz 1920 (§ 8) BGBl 1925/368 (Wv)
UGB (früher HGB)	= Bundesgesetz über besondere zivilrechtliche Vorschriften für Unternehmen (Unternehmensgesetzbuch – UGB) dRGL 1897/219
Umgebungsärm-RL	= Richtlinie 2002/49/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Juni 2002 über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungsärm ABL L 2002/189, 12 ff
UmweltförderungsG	= Bundesgesetz über die Förderung von Maßnahmen in den Bereichen der Wasserwirtschaft, der Umwelt, der Altlastensanierung, zum Schutz der Umwelt im Ausland und über das österreichische JI/CDM-Programm für den Klimaschutz (Umweltförderungsgesetz – UFG) BGBl 1993/185
Umwelthinformations-RL	= Richtlinie 2003/4/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Januar 2003 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen und zur Aufhebung der Richtlinie 90/313/EWG des Rates ABL L 2003/41, 26 ff
Unv-Transparenz-G	= Bundesgesetz über die Transparenz und Unvereinbarkeiten für oberste Organe und sonstige öffentliche Funktionäre (Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetz) BGBl 1983/330 (Wv)
UStG	= Umsatzsteuergesetz 1994 (UStG) BGBl 1994/663

Abkürzungsverzeichnis

UVP-G	= Bundesgesetz über die Prüfung der Umweltverträglichkeit (Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz 2000) BGBl 1993/697
UVP-RL	= Richtlinie 2011/92/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten ABl L 2012/26, 1 ff
UWG	= Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb 1984 – UWG BGBl 1984/448 (Wv)
Verg-RL 2014/24/EU	= Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die öffentliche Auftragsvergabe und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/18/EG ABl L 2014/94, 65 ff
Verwaltungsgerichtsbarkeits-Ausführungsgesetz 2013	= Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz über das Verfahren der Verwaltungsgerichte (Verwaltungsgerichtsverfahrensgesetz) . . . erlassen und das Verwaltungsgerichtshofgesetz 1985 . . . und das Bundesgesetzblattgesetz geändert werden (Verwaltungsgerichtsbarkeits-Ausführungsgesetz 2013) BGBl I 2013/33
Verwaltungsgerichtsbarkeits-Nov 2012	= Bundesgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz . . . und das Verfassungsgerichtshofgesetz 1953 geändert werden und einige Bundesverfassungsgesetze und in einfachen Bundesgesetzen enthaltene Verfassungsbestimmungen aufgehoben werden (Verwaltungsgerichtsbarkeits-Novelle 2012) BGBl I 2012/51
VfGG	= Verfassungsgerichtshofgesetz 1953 – VfGG BGBl 1953/85 (Wv)
Vlbg AbstellabgabeG	= Gesetz über die Erhebung einer Abgabe für das Abstellen von Kraftfahrzeugen auf öffentlichen Straßen LGBI 1987/2
Vlbg AbgabenG	= Gesetz über die Behörden und das Strafrecht in Abgabensachen LGBI 2009/56
Vlbg BestattungsG	= Gesetz über das Leichen- und Bestattungswesen LGBI 1969/58
Vlbg BG 2001	= Baugesetz LGBI 2001/52
Vlbg GdG	= Gesetz über die Organisation der Gemeindeverwaltung – Gemeindegesetz LGBI 1985/40
Vlbg GdVerbO	= Verordnung der Landesregierung über Bildung und Organisation von Gemeindeverbänden – Gemeindeverbandsordnung LGBI 1986/47
Vlbg GdWG	= Gesetz über das Verfahren bei Wahlen in die Gemeindevertretung und des Bürgermeisters – Gemeindewahlgesetz LGBI 1999/30
Vlbg Gemeindebediensteten-AmtstitelV	= Verordnung der Landesregierung über die Amtstitel der Gemeindebediensteten (Gemeindebediensteten-Amtstitelverordnung) LGBI 34/1980
Vlbg GemeindevergnügungssteuerG	= Gesetz über die Erhebung einer Gemeindesteuer vom Aufwand für Vergnügungen LGBI 1969/49
Vlbg GrundsteuerbefreiungsG	= Gesetz über die zeitliche Befreiung von der Grundsteuer LGBI 1974/38
Vlbg KanalisationsG	= Gesetz über öffentliche Abwasserbeseitigungsanlagen (Kanalisationsgesetz – KanalG) LGBI 1989/5
Vlbg Landes-AbfallwirtschaftsG	= Gesetz über die Vermeidung und Erfassung von Abfällen LGBI 2006/1
Vlbg LandesumlageG	= Gesetz über die Einhebung einer Landesumlage LGBI 1998/39
Vlbg LRHG	= Gesetz über den Landesrechnungshof LGBI 1999/10
Vlbg LVAbstG	= Gesetz über das Verfahren bei Volksbegehren, Volksabstimmungen und Volksbefragungen – Landes-Volksabstimmungsgesetz LGBI 1987/60
Vlbg LVG	= Verfassungsgesetz über die Verfassung des Landes Vorarlberg – Landesverfassung LGBI 1999/9

VlbG LWG	= Gesetz über das Verfahren bei Wahlen zum Landtag (Landtagswahlgesetz) LGBL 1988/60
VlbG NSchG	= Gesetz über Naturschutz und Landschaftsentwicklung LGBL 1997/22
VlbG PublikationsmediumV	= Verordnung der Landesregierung über die Festlegung des Publikationsmediums für Bekanntmachungen gemäß dem Bundesvergabebezugsgesetz 2006 und dem Bundesvergabebezugsgesetz Verteidigung und Sicherheit 2012 LGBL 2012/95 42. Stück
VlbG RettungsG	= Gesetz über das Rettungswesen LGBL 1979/46
VlbG RPG	= Vorarlberger Raumplanungsgesetz LGBL 1996/39
VlbG SittenpolG	= Gesetz über Angelegenheiten der Sittenpolizei (Sittenpolizeigesetz) LGBL 1976/6
VlbG SPG	= Gesetz über Angelegenheiten der örtlichen Sicherheitspolizei (Landes-Sicherheitsgesetz) LGBL 1987/1
VlbG Tourismus	= Gesetz über die Förderung und den Schutz des Tourismus LGBL 1997/86
VlbG VergabegebührenV 2018	= Verordnung der Landesregierung über die Höhe und Einzahlung der Gebühren in Vergabenaachprüfungsverfahren (Vergabegebühren-verordnung 2018) LGBL 2018/88
VlbG VergabenaachprüfungsG	= Gesetz über die Nachprüfung der Vergabe von Aufträgen LGBL 2003/1
VlbG VerwaltungsabgabenG	= Gesetz über die Erhebung von Verwaltungsabgaben in den Angelegenheiten der Landes- und der Gemeindeverwaltung LGBL 1974/10
VlbG VerwaltungsabgabenV	= Verordnung der Landesregierung über das Ausmaß der Verwaltungsabgaben und über die Art der Einhebung der Verwaltungsabgaben in Vergabenaachprüfungsverfahren LGBL 2003/4
VlbG VG	= Gesetz über das Veranstaltungswesen (Veranstaltungsgesetz) LGBL 1989/1
VlbG ZweitwohnsitzabgabenG	= Gesetz über die Erhebung einer Abgabe von Zweitwohnsitzen LGBL 1997/87
Vogelschutz-RL	= Richtlinie 2009/147/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. November 2009 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten ABL L 2010/20, 7 ff
VRV 2015	= Verordnung des Bundesministers für Finanzen: Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung 2015 (VRV 2015) BGBl II 2015/313
VStG	= Verwaltungsstrafgesetz 1991 – VStG BGBl 1991/52 (Wv)
VVG	= Verwaltungsvollstreckungsgesetz 1991 – VVG BGBl 1991/53 (Wv)
VwGG	= Verwaltungsgerichtshofgesetz 1985 – VwGG BGBl 1985/10 (Wv)
VwGVG	= Bundesgesetz über das Verfahren der Verwaltungsgerichte (Verwaltungsgerichtsverfahrensgesetz – VwGVG) BGBl I 2013/33
Waidhofner StR 1977	= Waidhofner Stadtrecht 1977 LGBL 1020-0 (Wv)
WAOR	= Gesetz über die Organisation der Abgabenverwaltung und besondere abgabenrechtliche Bestimmungen in Wien (WAOR) LGBL 1962/21
WGOA	= Geschäftsordnung für die Ausschüsse, Unterausschüsse und Kommissionen des Gemeinderates der Stadt Wien ABL 29 A/2001 (WGOA)
Wasserrahmenrichtlinie	= Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik ABL L 2000/327, 1 ff
Wettengesetz	= Gesetz über den Abschluss und die Vermittlung von Wetten sowie die Vermittlung von Wettkunden (Wettengesetz) LGBL 2003/18
Whistleblower-RL	= Richtlinie (EU) 2019/1937 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2019 zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden ABL L 2019/305, 17 ff

Abkürzungsverzeichnis

- Wiener AufzugsG 2006 = Gesetz, mit dem Bestimmungen über den Bau und den Betrieb von Aufzügen erlassen werden (Wiener Aufzugsgesetz 2006 – WAZG 2006) LGBL 2006/68
- Wiener BaumschutzG = Gesetz zum Schutze des Baumbestandes in Wien (Wiener Baumschutzgesetz) LGBL 1984/19
- Wiener GaragenG 2008 = Gesetz über das Einstellen von Kraftfahrzeugen, kraftbetriebene Parkeinrichtungen und Tankstellen in Wien (Wiener Garagengesetz 2008 – WGarG 2008) LGBL 2010/46
- Wiener Tanzschulgesetz = Gesetz betreffend die Erteilung von Unterricht in Gesellschaftstänzen (Wiener Tanzschulgesetz 1996) LGBL 2000/47
- Wiener Tierhaltegesetz = Gesetz über die Haltung von Tieren (Wiener Tierhaltegesetz) LGBL 1987/39
- Wiener Wettengesetz = Gesetz über den Abschluss und die Vermittlung von Wetten (Wiener Wettengesetz) LGBL 2016/26
- WLSG = Gesetz, mit dem Bestimmungen zum Schutz vor Beeinträchtigungen des örtlichen Gemeinschaftslebens erlassen werden und das Gesetz, mit dem der Landespolizeidirektion Wien die Mitwirkung an der Vollziehung bestimmter ortspolizeilicher Verordnungen übertragen wird, geändert wird (Wiener Landes-Sicherheitsgesetz – WLSG) LGBL 2001/29
- WPG 2011 = Gesetz, mit dem die Prostitution in Wien geregelt wird (Wiener Prostitutionsgesetz 2011 – WPG 2011) LGBL 2011/24
- Wr AbfallwirtschaftsG = Gesetz über die Vermeidung und Behandlung von Abfällen und die Einhebung einer hierfür erforderlichen Abgabe im Gebiete des Landes Wien (Wiener Abfallwirtschaftsgesetz – Wr AWG) LGBL 1994/13
- Wr BauO = Wiener Stadtentwicklungs-, Stadtplanungs- und Baugesetzbuch (Bauplanungsordnung für Wien – BO für Wien) LGBL 1930/11
- Wr FiakerG = Gesetz über den Betrieb von Fiakerunternehmen und mit Pferden betriebenen Mietwagenunternehmen (Wiener Fiaker- und Pferdemitwagen-gesetz) LGBL 2000/57
- WRG = Wasserrechtsgesetz 1959 – WRG. 1959. BGBl 1959/215 (Wv)
- Wr GrundsteuerbefreiungsG 1973 = Gesetz über die zeitliche Befreiung von der Grundsteuer (Wiener Grundsteuerbefreiungsgesetz 1973) LGBL 1973/24
- Wr GebrauchsabgabeG 1966 = Gesetz über die Erteilung von Erlaubnissen zum Gebrauch von öffentlichem Gemeindegrund und die Einhebung einer Abgabe hierfür (Gebrauchsabgabegesetz 1966) LGBL 1966/20
- Wr GWO 1996 = Gesetz über die Gemeindewahlordnung der Stadt Wien (Wiener Gemeindewahlordnung 1996 – GWO 1996) LGBL 1996/16
- Wr HO 2001 = Haushaltsordnung für den Magistrat Wien – HO 2001; Beilage zu MD-976-1/01 vom 18. April 2001
- Wr HundeabgabeG = Gesetz über die Einhebung einer Abgabe für das Halten von Wachhunden und Hunden, die zur Ausübung eines Berufes oder Erwerbes gehalten werden (Hundeabgabegesetz – HAG) LGBL 1984/38
- Wr Kanalanlagen- und EinmündungsgebührensG = Kanalanlagen- und Einmündungsgebühren-gesetz LGBL 1955/22
- Wr Kanalräumungs- und KanalgebührenG = Gesetz über den Betrieb und die Räumung von Kanalanlagen und über die Einhebung von Gebühren für die Benützung und Räumung von Unratsanlagen (Kanalräumungs- und Kanalgebühren-gesetz – KKG) LGBL 1978/2
- WrNSt StR 1977 = Wiener Neustädter Stadtrecht 1977 LGBL 1025-0 (Wv)
- Wr ParkometerG 2006 = Gesetz über die Regelung der Benützung von Straßen durch abgestellte mehrspurige Kraftfahrzeuge (Parkometergesetz 2006) LGBL 2006/9

Wr PublikationsmediumV	= Verordnung der Landesregierung über die Festlegung des Publikationsmediums für Bekanntmachungen gemäß dem Bundesvergabegesetz 2006 und dem Bundesvergabegesetz Verteidigung und Sicherheit 2012 LGBI 2012/60
Wr Rettungs- und KrankentransportG	= Wiener Rettungs- und Krankentransportgesetz – WRKG LGBI 2004/39
Wr WasserversorgungsG	= Gesetz betreffend die Zuleitung und Abgabe von Wasser (Wasserversorgungsgesetz – WVG) LGBI 1960/10
Wr VerwaltungsabgabenG	1985 = Gesetz über die Festsetzung des Ausmaßes von Verwaltungsabgaben im Bereich des Landes und der Gemeinde Wien (Wiener Verwaltungsabgabengesetz 1985) LGBI 1984/49
Wr VG	= Gesetz, mit dem das Wiener Veranstaltungsgesetz 2020 (Wr. VG) erlassen wird LGBI 2020/53
WStV	= Verfassung der Bundeshauptstadt Wien (Wiener Stadtverfassung – WStV) LGBI 1968/28
WTFG	= Gesetz betreffend die Tourismusförderung in Wien (Wiener Tourismusförderungsgesetz – WTFG) LGBI 1955/13
WVAbstG	= Gesetz über die Durchführung von Volksabstimmungen (Wiener Volksabstimmungsgesetz – WVAbstG) LGBI 1980/6
WVBefrG	= Gesetz über die Durchführung von Volksbefragungen (Wiener Volksbefragungsgesetz – WVBefrG) LGBI 1980/5
WVPVO	= Verordnung der Wiener Landesregierung über die Höhe der Gebühren in Vergaberechtsschutzverfahren (Wiener Vergabe-Pauschalgebührenverordnung – WVPVO) LGBI 2013/24
WVRG 2014	= Wiener Vergaberechtsschutzgesetz 2014 (WVRG 2014) LGBI 2013/37
ZahlungsverzugsRL	= Richtlinie 2011/7/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr – ZahlungsverzugsRL ABl L 2011/48, 1 ff
ZTG	= Bundesgesetz über Ziviltechniker (Ziviltechnikergesetz 1993 – ZTG) BGBl 1994/15
ZVG	= Bundesgesetz, mit dem das allgemeine bürgerliche Gesetzbuch ua geändert werden (Zahlungsverzugsgesetz – ZVG) BGBl I 2013/50

